



# PDVNEWS

8. JAHRGANG

## 01:2012

- Unsere Kunden entwickeln mit .....03
- Innovationen fördern,  
Werte bewahren.....04
- Der Freistaat Sachsen gestaltet  
seine Zukunft.....06
- Die Gesellschaft wird älter,  
aber auch mobiler.....08
- Was bringt ein  
E-Government-Gesetz? .....12
- Die elektronische Akte als  
Basis der Verwaltungsarbeit .....14
- Die Einführung der elektronsichen  
Akte darf kein IT-Projekt sein .....16
- Das SIS im Landtag von  
Sachsen-Anhalt.....20
- Öffentliche Gebäude in  
Deutschland .....22
- ITDZ Berlin – Von der Behörde  
zum Unternehmen.....24
- Mit der E-Poststelle Post  
digital verwalten ..... 28
- Pilotierung einer E-Poststelle .....32
- EMC ISILON Scale-out NAS .....34
- PraxisForum eGovernment .....35
- Fujitsu ETERNUS DX .....36
- Kleinster Datenspeicher  
der Welt .....38
- Office on the Road.....40
- Buchtipps .....42
- Termine .....44



## Demografischer Wandel

Sind die Verwaltungen vorbereitet?

PDVNews auch im App-Store  
mit integrierten Videos (S. 42)

## News:

### Wachstum fortgesetzt

Die positive Umsatzentwicklung des ersten Geschäftsquartals der PDV-Systeme GmbH, Erfurt knüpft an das Rekordergebnis in Höhe von 18,4 Millionen Euro des vergangenen Jahres nahtlos an. Das Unternehmen konnte weiter wirtschaftlich wachsen. Basierend auf dem Technologie- und Branchen-Know-how und der Innovationsfähigkeit entwickelt und vertreibt die PDV-Systeme hochintegrierte IT-Systeme für den effizienten und sicheren Umgang mit elektronischen Dokumenten.

### Apps4Deutschland

Die PDV-Systeme GmbH, Erfurt hat sich am ersten nationalen Programmierwettbewerb „Apps4Deutschland“ beteiligt. Die eingereichte Idee beinhaltet, eine App für Handwerksbetriebe zu entwickeln, die alle öffentlichen Ausschreibungen nach bestimmten Kategorien und Stichwörtern regelmäßig durchsucht, die Suchergebnisse speichert und den Anwender automatisch informiert. Der Vorschlag wurde im Dezember 2012 prämiert. Nach Angaben der Jury gab es mehr als 100 Ideen und rund 75 programmierte Anwendungen.

### Erfolgreichste Partner

Die PDV-Systeme GmbH, Erfurt hat von der EMC Deutschland GmbH den Status EMC Premier Solution Partner (PSP) erhalten. Mit dieser Partnerschaft wird dem Unternehmen Verlässlichkeit und Kompetenz bescheinigt. PDV-Systeme ist der erfolgreichste EMC-Partner in den neuen Bundesländern, einschließlich Berlin. Deutschlandweit gibt es insgesamt nur 17 EMC-Premier-Solution-Partner.

### IT mit Sternekoch

Gemeinsam mit Fujitsu Technology Solutions hat das Systemhaus der PDV-Systeme Ende März zu einem IT-Workshop nach Erfurt eingeladen. Im Mittelpunkt stehen neue Lösungen zur strategischen Ausrichtung der IT-Infrastruktur. Der Clou: Sternekoch Markus Pape serviert dazu ein passendes IT-Menü mit kulinarischen Kostbarkeiten.

## Editorial.

### Liebe Leserinnen und Leser,

Der demografische Wandel der Gesellschaft ist bereits in vollem Gange. Welche Konsequenzen hat das für die Arbeit der Öffentlichen Verwaltung? Wir fragen in dieser Ausgabe, ob rechtzeitig die notwendigen administrativen Weichen gestellt werden. Wie wichtig sind in diesem Zusammenhang innovative IT-Lösungen? In seinem Beitrag findet der Bundesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Peter Heesen deutliche Worte und mahnt dringende Reformen im öffentlichen Dienst an. Es geht um die konstruktive Bewältigung aktueller Herausforderungen, mit denen die Öffentliche Verwaltung in Deutschland konfrontiert ist. Projekte, die sich dem demografischen Wandel stellen, sind in der Regel ressortübergreifend, betreffen breite Bevölkerungsgruppen und verlangen tief greifende Veränderungen. IT kann hier unterstützen. Lesen Sie in unserem Heft, welche Maßnahmen im Land Berlin und im Freistaat Sachsen zum offensiven Umgang mit diesen brisanten Thema bereits eingeleitet wurden.

Der demografische Wandel bleibt auch nicht ohne Auswirkungen auf die Informationstechnologie. Lesen Sie, welche funktionalen und ergonomischen Anforderungen an die elektronische Akte der Zukunft zu stellen sind und wozu ein E-Government-Gesetz erforderlich ist. Mehrere Anwender berichten über ihre Erfahrungen bei der Einführung von IT-Lösungen, die schon heute die tägliche Arbeit erleichtern. Die vorliegende Ausgabe unseres Fachmagazins ist etwas umfangreicher als sonst ausgefallen. Wir haben auf Bitte unserer Leser weitere Themen zu neuen Entwicklungen in Wissenschaft und Technik aufgenommen und stellen in loser Folge öffentliche Gebäude in Deutschland vor. In unserer Online-Ausgabe können Sie auf Ihrem Tablet-PC zu mehreren Beiträgen Video-Sequenzen abspielen.

Ich wünsche Ihnen beim Lesen der PDVNews viel Freude und hoffe, dass Ihnen dieser oder jener Beitrag Anregungen für Ihre Arbeit liefern wird.

Ihre Redaktionsleiterin Sabine Kadow



Dr. Sabine Kadow

Seit 2008 Redaktionsleiterin  
PDVNews

Sabine.Kadow@pdv.de



## Unsere Kunden entwickeln mit.

Im Oktober 2011 kündigten wir auf dem Anwenderforum die nächste Hauptversion unseres Produkts VISkompakt an und stellten die dafür geplanten Veränderungen erstmalig vor. Bei dieser Veranstaltung wurde die Arbeitsgruppe VISkompakt 5.0 ins Leben gerufen. Seither können sich alle interessierten Anwender und Betreiber einbringen, um frühzeitig Details zu erfahren und mit ihren Erfahrungen die Produktentwicklung mitzugestalten.

Das erste Treffen dieser Arbeitsgruppe fand Ende November des vergangenen Jahres statt und war in unseren Augen bereits ein voller Erfolg. Etwas unsicher, ob die Freude am Mitgestalten auch noch im neuen Jahr anhalten würde, blickten wir mit Spannung dem nächsten Treffen entgegen. Umso größer war die Überraschung, als wir zu unserem zweiten Treffen am 1. Februar 2012 fast doppelt so viele Gäste wie beim ersten Mal in unserem Haus begrüßen durften. Mit 21 Teilnehmern und vier PDV-Mitarbeitern wurden die Kapazitäten unserer Konferenzräume über ihre Grenzen strapaziert. Die Stimmung und das Engagement waren trotz der räumlichen Enge ausgezeichnet, sodass die Diskussionen eine beeindruckende fachliche Tiefe annehmen konnten. Inhaltlich knüpften wir nahtlos an die Themen des ersten Treffens an und besprachen unsere Lösungsansätze für die Überarbeitung des Verzeichnisdienstabgleichs, die geplante Umstellung der Dateiablage und des neuen Rechtesystems sowie die ersten Ansätze und Ideen zur Durchführung der bevorstehenden Migrationen.

Ich möchte mich hiermit nochmals bei allen Teilnehmern und Teilnehmerinnen für ihr Engagement und ihre für uns sehr wichtigen Kommentare und Anregungen herzlich bedanken.

Das nächste Treffen der AG findet am 8. und 9. Mai statt. Der geplante Schwerpunkt liegt dann nicht mehr auf den Umstellungen im Backend, sondern auf dem neuen Client. Wie angekündigt, führt uns der Weg wieder aus dem Browser heraus hin zu einer eigenständigen Desktopanwendung, welche von den Vorteilen der Web-Anwendung profitiert, ohne unter deren technischen Einschränkungen und Schwierigkeiten zu leiden. Mit diesem Schritt soll neben der technischen Umstellung das komplette Look & Feel erneuert und die Ergonomie des Produkts verbessert werden.

Sie sind herzlich eingeladen, an der Gestaltung der neuen Produktoberfläche in unserer Arbeitsgruppe mitzuwirken. Ich würde mich freuen, Sie am 8. und 9. Mai in Erfurt begrüßen zu dürfen.

Maik Hofmann



Zweites Treffen der Arbeitsgruppe VISkompakt 5.0 im Februar 2012

### Mehr Präsenz

Unter dem Slogan „eGovernment – Open, Smart, Trusted“ zeigten die Mitarbeiter der PDV-Systeme GmbH, Erfurt während der CeBIT 2012 ihre elektronische Handakte für Führungskräfte in Verbindung mit einer neuen Generation von vBundles und der Public Cloud. Die in diesem Jahr auf 75 Quadratmeter vergrößerte Ausstellungsfläche veranschaulicht Wachstum und Stabilität des Unternehmens im Public Sector. Bereits im Vorfeld hatten sich zahlreiche Vertreter aus Bund, Ländern und Kommunen zu Gesprächen angemeldet. Auf der CeBIT wurde erstmals der neue **Imagefilm der PDV-Systeme** öffentlich gezeigt.



### VISkompakt bei der MIBRAG

Die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH (MIBRAG) hat sich für das Vorgangsbearbeitungs- und Dokumentenmanagement-System VISkompakt entschieden. Im Frühjahr 2012 beginnt der Produktivbetrieb. Kerngeschäft des in Zeitz ansässigen Unternehmens ist die Förderung und der Verkauf von Rohbraunkohle. Über zehn Prozent der in Deutschland gewonnenen Rohbraunkohle – etwa 20 Millionen Tonnen pro Jahr – kommen von der MIBRAG.

### Bis Mai TechDemos

Am Kurfürstendamm 21, in der Berliner Geschäftsstelle der PDV-Systeme, werden den Mitarbeitern Öffentlicher Verwaltungen aus Berlin und Brandenburg die technischen und administrativen Unterschiede zwischen den Wettbewerbern im Storage-Bereich gezeigt. NetApp steht dabei im Mittelpunkt.

### „Digitale Schulbücher“ geplant

Unter dem Namen „Digitale Schulbücher“ sollen ab dem Schuljahr 2012/13 Schulen, Lehrkräfte und Schüler Lehrbücher verschiedener Verlage in einem Regal verwalten, lesen und nutzen können. Die digitalen Schulbücher stehen dann sowohl online als auch offline zur Verfügung. Die Nutzer benötigen zum Herunterladen einen Freischaltcode. Die PDV-Systeme hat für ein Schulprojekt in Neustrelitz im Mai 2011 über eine vergleichbare Store-Lösung interaktive Schulbücher bereitgestellt, die erfolgreich getestet wurden.

# Innovationen fördern, Werte bewahren.

## Peter Heesen

IT-Staatsvertrag, IT-Planungsrat, Cyber-Sicherheitsstrategie, Breitbandausbau: Es darf mit Fug und Recht behauptet werden, dass die Politik redlich bemüht ist, auf die Erfordernisse der Informationsgesellschaft einzugehen. So weit, so erfreulich. Zwei Aspekte dürfen bei aller Begeisterung für die neuen Möglichkeiten aber auf keinen Fall außer Acht gelassen werden: Erstens müssen wir uns immer wieder bewusst machen, dass technische Neuerungen, gerade in der öffentlichen Verwaltung, kein Selbstzweck sind. Sie dienen den Bürgerinnen und Bürgern. Der zweite Aspekt knüpft daran: Unsere Gesellschaft wandelt sich, nicht nur unter dem Einfluss der Informationstechnologie. Mindestens ebenso prägend ist die sich wandelnde Altersstruktur mit den sich daraus ergebenden Folgen, die unter dem Schlagwort „Demografischer Wandel“ diskutiert werden. Es lohnt sich also – auch für die IT-Verantwortlichen in der Verwaltung – genauer hinzuschauen, welche Anforderungen die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft stellen werden. Um diese beiden Aspekte umzusetzen und mit Leben zu füllen, braucht der öffentliche Dienst hochqualifiziertes Personal. Da allgemein bekannt ist, wie der Arbeitsmarkt im IT-Bereich aussieht, muss der Staat als Arbeitgeber dringend einige Reformen angehen.

### Personalbestand schon heute am unteren Limit

Bereits heute fehlen in vielen wichtigen Bereichen, etwa der Bundeswehr, viele Techniker und Ingenieure. Und die Situation wird sich zukünftig eher noch verschärfen: In den kommenden zehn Jahren werden etwa 20 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Das sind circa 700.000 Menschen. Dabei ist der Personalbestand schon heute am unteren Limit, wenn es nicht sogar schon unterschritten wurde. Die Fachgewerkschaften melden bundesweit beispielsweise über 15.000 feh-



*Peter Heesen hat in seiner Eröffnungsrede zur dbb-Jahrestagung im Januar 2012 umfassende Reformen im öffentlichen Dienst gefordert.*

lende Stellen bei der Finanzverwaltung, mehr als 20.000 fehlende Lehrer, mehr als 10.000 fehlende Polizisten und über 8.000 fehlende Stellen bei den Straßenmeistereien. Das hat Folgen. Um nur ein konkretes Beispiele dafür zu nennen: In der Zollverwaltung fehlen über 3.600 Mitarbeiter, dadurch liegen über eine Million Vollstreckungsbescheide auf Halde. Fast 1,5 Milliarden Euro, die dem Staat als Einnahmen zustehen, werden nicht hereingeholt. Da stellt man sich die Frage: Geht es uns zu gut?

### IT führt nicht zwangsläufig zu Personaleinsparungen

Nun könnte eingewendet werden, dass durch innovative IT-Lösungen auch Personal eingespart werden kann. Das mag an der einen oder anderen Stelle richtig sein, aber dazu müssen zwei Dinge angemerkt werden:

Erstens können IT-Lösungen, dort wo Sie den Service für die Bürger direkt betreffen, immer nur eine Ergänzung zu der persönlichen Betreuung durch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sein. Denn Fakt ist, dass die Bevölkerung durchschnittlich immer älter wird. Das ist erfreulich. Fakt ist aber auch, dass schon heute viele Menschen der technischen Entwicklung skeptisch gegenüberstehen – Stichwort „Datenschutz“ – und dass gerade ältere Bürgerinnen und Bürger ihre Schwierigkeiten mit der Nutzung der neuesten Technologien haben. Das mag von den vielzitierten „Digital Natives“ belächelt werden. Der Staat darf das aber nicht ignorieren, ist er doch allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen verpflichtet.

IT-Lösungen werden auch deshalb nicht zwangsläufig zu Personaleinsparungen führen, weil – das ist der zweite Punkt – durch diese Lösungen auch gänzlich neue Aufgabenbe-



Sitz des dbb – beamtenbund und tarifunion in der Berliner Friedrichstraße 160-170

reiche entstehen oder bereits bestehende ausgebaut werden müssen. Als Beispiele seien hier nur die schon erwähnte IT-Sicherheit oder der Datenschutz genannt.

Und nicht nur im Bereich der IT kommen neue Aufgaben auf den öffentlichen Dienst zu. Gleichzeitig werden mehr und bessere Bildung, höhere innere und äußere Sicherheit, beste Gesundheitsdienste und eine umfassende Infrastruktur gefordert. Jede einzelne dieser Forderungen hat ihre Berechtigung. Eines muss aber klar sein: Wir werden diese Herausforderungen nicht mit dem Programm des billigen Jakob lösen. Das wäre Kirmes-Niveau: Unterhaltsam, aber wertlos. Die erste und wichtigste Investition muss daher die in kluge Köpfe im öffentlichen Dienst sein. Ohne gut ausgebildete und engagierte Menschen wird die Verwaltung die Erwartungen nicht erfüllen können, weder im IT-Bereich noch anderswo.

### **Kluge Köpfe gewinnen durch Reformen**

Doch wie bekommt man diese klugen Köpfe? Jedem dürfte klar sein, dass angesichts leerer öffentlicher Kassen und mit der selbstauferlegten Schuldenbremse vor der Brust, der Wettbewerb mit der Privatwirtschaft um fähigen Nachwuchs allein über die Bezahlung für den Staat nicht zu gewinnen ist. Wohlgermerkt: „allein“. Natürlich muss der Staat als Arbeitgeber den Beschäftigten eine auskömmliche Bezahlung bieten. Hier sollte insbesondere bei den Einkommen der jungen Beschäftigten nachgebessert werden. Aber allein wird auch das eben nicht reichen.

Weitergehende Reformen sind notwendig. Wir müssen jungen Menschen bessere Aufstiegschancen bieten und eine interne Fachhochschulausbildung etablieren, um sie frühzeitig

an den Staat zu binden. Wir müssen auch Frauen, Migranten sowie ältere und behinderte Menschen stärker als bisher umwerben, sie in den Arbeitsmarkt integrieren. Dazu sind beispielsweise neue Arbeitszeitmodelle und flexible Altersgrenzen, ein wirksames Gesundheitsmanagement und mehr Fort- und Weiterbildung notwendig. Insbesondere Heim-arbeitsplätze, etwa für Mütter und Väter, die wir zukünftig mehr denn je benötigen, sind wichtig.

Nicht zuletzt müssen die Menschen im öffentlichen Dienst endlich wieder die Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Das mag banal klingen. Doch bei allen begrüßenswerten technischen Errungenschaften, bei allen wichtigen Innovationen und gesellschaftlichen Veränderungen, eine Sache muss immer gleich bleiben: Die Grundlage unserer Gesellschaft ist die Wertschätzung für die Menschen und ihre Arbeit.



**Peter Heesen**

Bundesvorsitzender  
dbb – beamtenbund und tarifunion

[redaktion@dbb.de](mailto:redaktion@dbb.de)



# Der Freistaat Sachsen gestaltet seine Zukunft.

**Dr. Wilfried Bernhardt,  
Staatssekretär im Sächsischen  
Staatsministerium der Justiz  
und für Europa**

**Die Modernisierung staatlicher Strukturen ist eine der politischen Schwerpunktaufgaben des Freistaates Sachsen. Die Optimierung der Verwaltung stellt dabei keine einmalige, sondern eine langfristige Aufgabe dar.**

**Die Grundlage bildet dabei eine umfassende Aufgaben-, Struktur- und Ausgabenkritik. In den einzelnen Maßnahmen denkt der Freistaat Sachsen dabei weit voraus: Die Umsetzung der Projekte zum Nutzen der Bürger und der Unternehmen ist bis in das Jahr 2020 angelegt.**

Die Modernisierung des Freistaates Sachsen und seiner Verwaltung ist aus mehreren Gründen notwendig: Unter den sich verändernden Rahmenbedingungen stellt der demografische Wandel einen wichtigen Einflussfaktor dar.

Die Bevölkerungszahl Sachsens wird aktuellen Vorausberechnungen nach von 4,9 Mio. Einwohnern im Jahr 1990 auf geschätzte 3,9 Mio. Einwohner im Jahr 2020 zurückgehen.

Diese Entwicklung wirkt sich in den einzelnen Regionen unterschiedlich aus. Während in einigen Ballungszentren mit einem Bevölkerungszuwachs zu rechnen ist, verzeichnen die ländlichen Regionen einen Bevölkerungsrückgang in verschiedenem Ausmaß.

Auch die Altersstruktur der sächsischen Bevölkerung wandelt sich sichtbar. Lag das Durchschnittsalter in Sachsen 1990 noch bei 39,4 Jahren, wird es im Jahr 2020 bei voraussichtlich 48,8 Jahren liegen.

Bis 2020 wird sich auch der finanzpolitische Rahmen verändern. Es muss mit sinkenden Steuereinnahmen und mit dem Auslaufen der Mittel aus dem Solidarpakt II im Jahr 2019 gerechnet werden. Zudem werden die EU-Mittel zurückgehen.

Als Wirtschaftsstandort steht der Freistaat im internationalen Wettbewerb. Damit Sachsen auch in Zukunft für Unternehmen attraktiv bleibt, müssen die entsprechenden Voraussetzungen hierfür geschaffen werden. Dazu gehört neben attraktiven Standortbedingungen, die Unternehmen von unnötiger Bürokratie und Kosten zu entlasten sowie Bildung, Forschung und Entwicklung voranzutreiben.

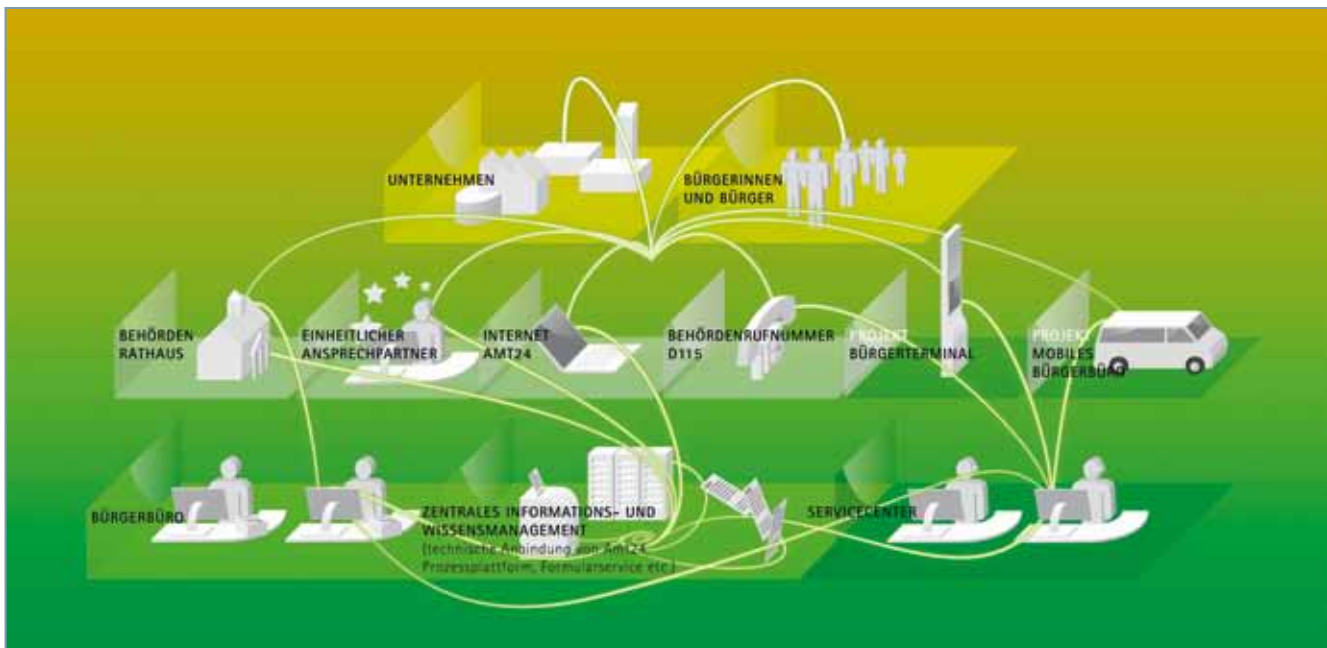


Zugleich bietet der wissenschaftlich-technische Fortschritt die Möglichkeit, die Staatstätigkeit insbesondere durch den Einsatz moderner Informationstechnologie effizienter zu machen.

Diese Rahmenbedingungen bilden die Grundlage für einen umfassenden Modernisierungsprozess, der das strategische Ziel hat, zukunftsfeste Strukturen zu schaffen, die auch weiterhin zuverlässig und in hoher Qualität Verwaltungsleistungen garantieren.

Dazu muss sich der Staat auf seine Kernaufgaben konzentrieren, Bürokratie abbauen und die Schaffung neuer Normen in ihrer Notwendigkeit begründen. Die Bürger und Unternehmen sollen ihre Anliegen auf effiziente Art rechtssicher erledigen können. Auf Basis dieser Zielsetzungen arbeitet die gesamte Sächsische Staatsregierung koordiniert durch das Staatsministerium der Justiz und für Europa an der konkreten Realisierung der Modernisierungsprojekte.

**»Die Bevölkerungszahl Sachsens wird aktuellen Vorausberechnungen nach von 4,9 Mio. Einwohnern im Jahr 1990 auf geschätzte 3,9 Mio. Einwohner im Jahr 2020 zurückgehen.«**



Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen findet in verschiedenen Arbeitsbereichen statt. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnik sowie von Elementen des E-Government stellt dabei einen Aspekt der Staatsmodernisierung dar. Dabei bieten nicht nur die internen Prozesse nach erfolgter Analyse mit Hilfe des IT-Einsatzes erhebliche Optimierungspotenziale. Auch die Kommunikation zwischen der Verwaltung und dem Bürger sowie zwischen verschiedenen Behörden und Verwaltungsebenen kann erfolgreich zu einer weiteren Verbesserung der Serviceangebote beitragen.

Neben einer erfolgreichen Aufgabenkritik und Erschließung der Potenziale zur effizienten und konzentrierten Aufgabenerfüllung gehört auch eine schlanke Behördenlandschaft zum Kanon der Staatsmodernisierungsmaßnahmen.

Der Freistaat hat mit seinem kürzlich beschlossenen Standortgesetz den rechtlichen Rahmen für eine effiziente und

moderne Behördenstruktur in Sachsen geschaffen, die langfristig tragfähig ist. Verwaltung und Justiz bleiben auch in der Fläche präsent.

Die Bereitstellung von modernen Bürgerdiensten, wie die neuen Bürgerterminals, die zentrale Behördenummer 115 oder das Online-Angebot Amt24, ergänzen die Verwaltungsangebote vor Ort um neue Zugangskanäle und tragen damit zu einer höheren Servicequalität bei.

Die Staatsmodernisierung ist ein langfristig angelegter Prozess aufeinander abgestimmter Einzelmaßnahmen und Umsetzungsschritte. Diesen herausfordernden, aber auch kreativen Prozess vor dem Hintergrund der skizzierten Rahmenbedingungen zu meistern, bildet die Chance, die Zukunft des Freistaates zu gestalten.

# Die Gesellschaft wird älter, aber auch mobiler.

## Interview mit Herrn Udo Rienaß, Senatsdirigent in der Berliner Senats- verwaltung für Inneres und Sport.



**PDVNews:** Herr Rienaß, wie wird der demografische Wandel die Verwaltungsarbeit in den nächsten Jahren verändern?

Udo Rienaß: Beim Thema demografischer Wandel ist sowohl ein verwaltungsinterner als auch ein – externer Aspekt zu betrachten. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in der Öffentlichen Verwaltung werden ständig älter. Derzeit liegt in den Berliner Verwaltungen der Altersdurchschnitt bei 49 Jahren. Nur 2,5 Prozent der Beschäftigten sind unter 30. Das zeigt klar die Situation. Bis 2017/18 werden 25 Prozent der Beschäftigten, das sind 25.000, altersbedingt ausscheiden. Schon diese Zahl zeigt die Notwendigkeit der verwaltungsinternen Umgestaltung. Wir benötigen Strukturveränderungen im Inneren, denn auch im IT-Sektor wird es schwieriger werden, neue Fachkräfte zu gewinnen.

Wir müssen so umstrukturieren, dass wir auch mit weniger Beschäftigten unsere Aufgaben bewältigen können. Auf der anderen Seite ist aber auch zu bedenken, dass die Nutzer der öffentlichen Dienstleistung, also unsere Kunden und Kundinnen, älter werden. Damit verändert sich die Nachfrage nach Verwaltungsangeboten. Die Gesellschaft wird älter, aber auch mobiler. Für uns heißt das, dass die Verwaltung ihre E-Government- und IT-Angebote viel stärker auf die ältere Generation ausrichten muss. Also der demografische Wandel wird die Verwaltungstätigkeit ändern, bietet aber auch die Chance, sich den Entwicklungen, insbesondere im E-Government-Bereich, stellen zu können.

**PDVNews:** Wie muss der moderne Arbeitsplatz beschaffen sein, damit er im Wettbewerb um die besten Arbeitskräfte künftig attraktiv ist?

Udo Rienaß: Angesichts der generellen Verknappung von Nachwuchskräften am Arbeitsmarkt muss sich der Verwaltungsarbeitsplatz mit dem in modernen Wirtschafts-

unternehmen messen lassen. Das heißt, dass die Verwaltungsarbeitsplätze und der Zugang zu ihnen den aktuellen technologischen Entwicklungen entsprechen muss. Themen wie Informationsbereitstellung, Zusammenarbeit, der Zugang über Web 2.0 oder Portal-Entwicklungen sind für die Verwaltung und für die Verwaltungsarbeitsplätze zwingend, um überhaupt eine Attraktivität für Nachwuchskräfte und Beschäftigte in der Verwaltung zu schaffen. Deshalb hat der neue Senat in seine Regierungserklärung aufgenommen, bis zum Jahr 2016 fünfzig Prozent der IT-Arbeitsplätze mit elektronischen Vorgangsbearbeitungssystemen auszurüsten.

Wir haben außerdem vor, über ein E-Government-Gesetz die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Wir sind dabei, über ein Open-Data-Portal in Berlin Informationen transparent zu machen. Das soll in dieser Legislaturperiode bis 2016 noch weiter ausgebaut werden.

**PDVNews:** Sie haben davon gesprochen, dass die Mobilität zunehmen wird. Sind auch moderne Home-Office-Arbeitsplätze in der Verwaltung denkbar, sodass Beschäftigte von Zuhause aus arbeiten?

Udo Rienaß: Ja, da man muss natürlich unterscheiden. In den Bereichen, in denen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen eher konzeptionell tätig sind oder Büroarbeit leisten, gibt es das auch heute schon. Schon heute arbeiten einige, gerade unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über Telearbeitsplätze temporär zu Hause.

Die Technik lässt das ja heute ohne Weiteres zu, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf die Verfahren sicher zugreifen können – das ist für die Innenverwaltung und auch für andere Verwaltungen bedeutsam. Solche Angebote haben wir bereits und bauen sie weiter aus. Wir werben ja bewusst damit, dass die Öffentliche Verwaltung ein auditiertes Bereich ist, in dem die Balance zwischen Beruf und Familie



systematisch gefördert wird. Für jüngere Menschen kann das ein wichtiger Aspekt sein, sich für die Öffentliche Verwaltung zu entscheiden. An Arbeitsplätzen, an denen es auf den unmittelbaren Bürgerkontakt ankommt, wird Home-Office seltener möglich sein. Aber Mobilität ist dann natürlich noch ein anderer Aspekt.

Unter dem Stichwort „Aufsuchende Verwaltung“ gehen wir davon aus, dass nicht unbedingt der Bürger zur Verwaltung kommen muss. Wenn die technischen Voraussetzungen gegeben sind, kann auch die Verwaltung zum Bürger kommen. Vor etwa einem Jahrzehnt haben wir die mobilen Bürgerdienste entwickelt, die wir jetzt noch einmal der technologischen Entwicklung angepasst haben. So kann beispielsweise der komplette Arbeitsplatz eines Bürgeramtes mobil vor Ort angeboten werden, sei es in Bibliotheken, Senioreneinrichtungen oder bei Firmengründungen vor Ort im Unternehmen. Einige Bezirke in Berlin nutzen das auch bereits sehr erfolgreich.

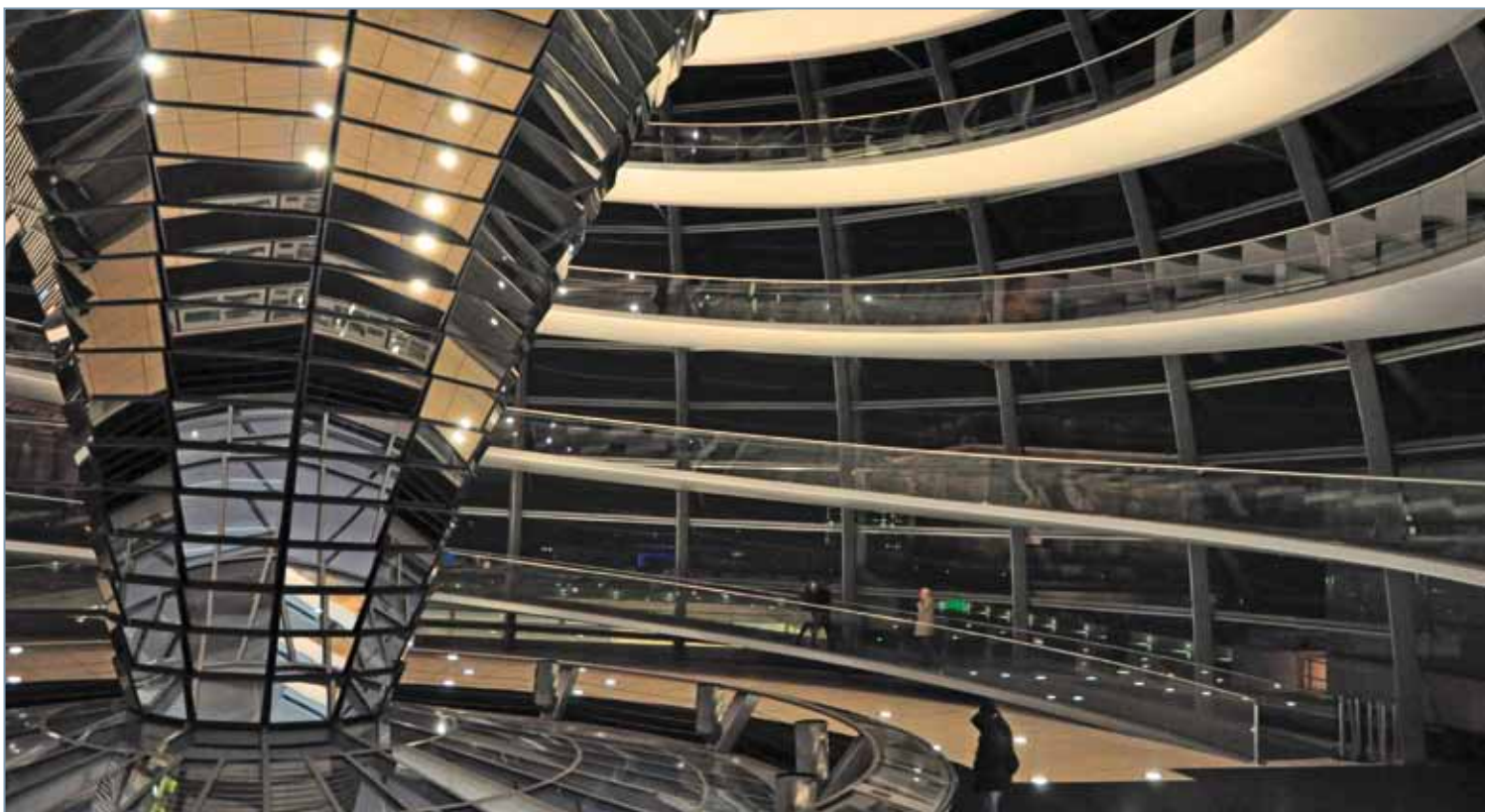
**PDVNews: Wird es in den nächsten Jahren zu einem Boom in der Einführung von IT-Systemen kommen, da ja mit weniger Personal vielfältigere Verwaltungsaufgaben zu lösen sind?**

Udo Rienaß: Was heißt Boom? Wir gehen jetzt mal davon aus, dass mittelfristig jeder Verwaltungsarbeitsplatz mit IT-Systemen standardisiert ausgestattet ist. Inwieweit dann Fachverfahren dahinter liegen, das hängt dann jeweils von der Aufgabe ab, die es zu erledigen gilt.

**PDVNews: Gibt es Zahlen zum derzeitigen Ausstattungsgrad der Arbeitsplätze mit IT?**

Udo Rienaß: Wenn wir davon ausgehen, dass von den rund 106.000 Beschäftigten heute etwa 50.000 an Büroarbeitsplätzen arbeiten, dann sind alle 50.000 auch mit IT ausgestattet. Es ist nicht so, dass Sie hier irgendwo einen klassischen Büroarbeitsplatz in der Berliner Verwaltung finden, der nicht mit IT ausgestattet ist. Aber diese Aussage allein reicht nicht aus: Was wir brauchen, sind zum einen standardisierte Büroarbeitsplätze. Und zum anderen geht es um das Thema der elektronischen Vorgangsbearbeitung, also der E-Akte, um eine prozessorientierte, medienbruchfreie Bearbeitung zu ermöglichen.

Auf diesem Gebiet ist der Ausstattungsgrad noch nicht so hoch. In der Steuerverwaltung gibt es eine solche Arbeitsweise bereits, auch in einigen Bereichen der Justizverwaltung.



Abend im Berliner Reichstag

In der Ausländerbehörde haben wir die elektronische Ausländerakte. Aber in anderen Bereichen gibt es noch Defizite. Prozentual ist vielleicht ein Ausstattungsgrad von 50 bis 60 Prozent erreicht.

**PDVNews: Welche Rolle wird Ihrer Meinung nach die elektronische Akte für den Wissenstransfer spielen?**

Udo Rienaß: Bei dem Thema Wissensmanagement und Wissenstransfer muss man verschiedene Aspekte betrachten. Es ist notwendig, Wissen zu transportieren. Da haben wir heute gute Möglichkeiten. Wir können das notwendige Wissen in Wissensdatenbanken speichern. Es muss natürlich vernünftig wiederauffindbar sein, damit es zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung steht.

Es gibt aber auch Wissen, das nicht elektronisch gespeichert werden kann, wie das Erfahrungswissen. Ich sage auch ganz offen, dass man manches Wissen vielleicht auch gar nicht aufbewahren muss. Manchmal ist es auch ganz gut, und das sage ich auch als Mensch der älteren Generation, wenn langes Erfahrungswissen untergeht und Menschen wieder neues Wissen erwerben. Also, man muss immer abwägen, welcher Wissenstransfer tatsächlich notwendig ist.

**PDVNews: Werden die derzeit angebotenen IT-Systeme den demografischen Herausforderungen gerecht?**

Udo Rienaß: Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sagen, dass E-Government ein reines Generationsproblem ist. Ich denke eher, das ist ein Bildungsproblem. Viele meiner Freunde und Bekannten, die sich bereits im Ruhestand befinden, sind hoch IT-affin und verbringen viel Zeit mit IT und E-Government. In der Verwaltung gilt nach wie vor ein völlig veralteter Tarifvertrag über die Einsetzung von Informationstechnik. Danach können Menschen, die älter als 55 Jahre sind, entscheiden, nicht mehr an IT-Arbeitsplätzen zu arbeiten. Dieser Vertrag gilt noch immer. Im Extremfall würde das bedeuten, dass weit über die Hälfte der Beschäftigten nicht an IT-Arbeitsplätzen sitzen. Aber real arbeiten alle mit Informationstechnik.

Andererseits gibt es, auch hier in der Stadt, genügend Menschen, die jünger sind und aus bildungsferneren Schichten kommen, die zwar teilweise IT-Affinität besitzen, sich aber nicht systematisch mit Informationstechnologie befassen. Vermutlich wird es in zunehmendem Maße selbstverständlich werden, dass weite Teile des täglichen Lebens über IT abgebildet werden. Und das nicht nur im Umgang mit der



*Blick auf das Berliner Rathaus*



Verwaltung. Wer bucht heute noch Reisen oder Hotels über ein Reisebüro? Das geschieht höchst selten. Damit gehen allerdings auch Gewerbebetriebe unter, was ich kritisiere. Es bleibt abzuwarten, welche Folgen das nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt hat.

**PDVNews: Entsprechen denn die derzeit angebotenen Systeme den ergonomischen Anforderungen?**

Udo Rienaß: Das ist ein Problem. Der Schulungsaufwand für die derzeit eingesetzten IT-Systeme ist hoch, zumal bei uns eine Vielzahl heterogener Systeme eingesetzt wird. Damit sinkt die Akzeptanz der Nutzer für den Einsatz der Produkte. In ergonomischer Hinsicht muss da gerade im Zusammenhang mit elektronischen Aktensystemen für die Verwaltung noch einiges getan werden.

**PDVNews: Halten Sie das Tempo der Einführung von IT-Systemen für ausreichend?**

Udo Rienaß: Wir sind in unserem Verwaltungshandeln stets an Gesetz und Recht gebunden. Wir müssen also bei vielen Dingen, die technisch möglich und machbar sind, prüfen, ob sie nötig und rechtlich kompatibel sind. Und daher ist es manchmal für einen Außenstehenden etwas schwierig zu verstehen, warum es bei der Einführung von IT-Systemen etwas länger dauert als im privaten Umfeld oder auch in der privaten Wirtschaft. Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt ist die Erfahrung, dass man, auch unter dem Aspekt der Finanzierbarkeit, nicht unbedingt jede Entwicklung mitmachen muss. Es kann bei der Einführung von IT-Systemen durchaus sinnvoll sein, sich hinreichend Zeit zu nehmen. In meinen Augen ist das Tempo weitgehend ausreichend.

**PDVNews: Welche Ideen gibt es, Migranten und Migrantinnen auf Verwaltungsarbeitsplätze vorzubereiten?**

Udo Rienaß: Berlin unternimmt verschiedene Aktivitäten, um Migranten und Migrantinnen für die Verwaltung zu gewinnen. Die Polizei führt unter dem Motto „Berlin braucht dich“ eine Werbekampagne durch. Es gibt in Berlin im Be-



reich der tarifbeschäftigten Nachwuchskräfte eine relativ hohe Anzahl an Migranten und Migrantinnen. Bei den Beamten ist das schwieriger, weil die Regelung gilt, dass Beamte Deutsche im Sinne des Grundgesetzes sein müssen bzw. EU-Bürger oder -Bürgerinnen.

Damit ist natürlich für einen Teil der Migranten und Migrantinnen, beispielsweise aus der Türkei oder dem arabischen Raum, dieser Weg verschlossen, es sei denn, sie haben die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Es gibt da inzwischen sowohl bei den Nachwuchskräften des gehobenen Dienstes als auch bei denen im höheren Dienst Bewerber und Bewerberinnen und auch Einstellungen.

Einen wichtigen Weg, Menschen mit Migrationshintergrund für die Verwaltung zu gewinnen, sehe ich darin, schon früh über die Schulen das Gespräch mit den Eltern zu suchen. Wir müssen mit dem Vorurteil aufräumen, dass Migranten und Migrantinnen nicht in der Öffentlichen Verwaltung eingestellt werden. Wir können hier auch mit Beispielen aus der Praxis werben. Eine Mitarbeiterin aus meiner Büroleitung ist eine gebürtige Türkin und inzwischen Deutsche. Sie arbeitet hier hervorragend, hat sehr erfolgreich ihre Ausbildung absolviert und gibt auch selbst in der Community hin und wieder einmal Hinweise, dass sich eine Bewerbung in der Verwaltung lohnt.

Die bei uns tätigen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen mit Migrationshintergrund unterscheiden sich in keiner Weise von ihren deutschen Kollegen und Kolleginnen. Interkulturelles Personalmanagement ist ein wichtiges Thema im Rahmen unserer Personalentwicklungsmaßnahmen. Der Integrationsbeauftragte gibt gerade ein Handbuch mit Handlungshilfen und Leitfäden für die Verwaltung heraus. Das Thema Integration ist sowohl für die Verwaltung als auch für die Gesellschaft insgesamt ein äußerst bedeutsames Feld.

# Was bringt ein E-Government-Gesetz?

## Rainer Ullrich

Dass ein fehlendes nationales E-Government-Gesetz ein wesentliches Hemmnis für E-Government darstellt, ist ein weit verbreitetes (Vor)urteil. In der Diskussion und auch im Vergleich mit anderen europäischen Staaten wird häufig vergessen, dass wir keineswegs eine E-Government-Wüste sind. Viele Sachverhalte, die z. B. in Österreich oder in Liechtenstein in einer zentralen Norm geregelt sind, sind in der Bundesrepublik Deutschland in einer Vielzahl von Gesetzen von Vorschriften geregelt (Justizkommunikationsgesetz, Signaturgesetz, ZPO, BGB usw.).

### Dem Bund fehlt die Gesetzgebungskompetenz

Für die Durchschlagskraft einer nationalen Norm erweist sich unser Verfassungsrecht als Hindernis. Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sieht einen Vollzugsföderalismus im Hinblick auf die Exekutive vor. Es gibt wenig eigenen Bundesvollzug. Ein E-Government-Gesetz kann daher vorrangig Hindernisse des Bundesrechtes abbauen, für weitergehende Fragestellungen hingegen fehlt dem Bund die Gesetzgebungskompetenz. Viele normative Fragen im Kontext von E-Government sind ohnehin Binnenrecht der Verwaltung und erfordern keine bundesgesetzliche Regelung.

### Normkonflikte mit Fachgesetzen vermeiden

Hinsichtlich der normativen Verordnung von E-Government kann man unterschiedliche Auffassungen vertreten. Das E-Government-Gesetz des Bundes wird vermutlich ein Artikelgesetz sein, das die allgemeinen querschnittlichen Regelungen für E-Government unter Berücksichtigung der beschränkten Gesetzgebungskompetenz des Bundes zusammenfasst. Hierbei müssen Normkonflikte mit Fachgesetzen vermieden werden, die häufig schon elektronische Verfahrensweisen berücksichtigen. Hierzu zählen zum Beispiel die Grundbuchordnung, das Justizkommunikationsgesetz, das Signaturgesetz oder die Zivilprozessordnung. Darüber hinaus gibt es für das Binnenrecht der Verwaltung zahlreiche bindende untergesetzliche Normen, die gleichwohl einen wichtigen Einfluss auf E-Government-Verfahren nehmen können. Die meisten Fragen der E-Verwaltung werden in Geschäftsordnungen und anderen internen Verwaltungsvorschriften geregelt.

### E-Government ist kein abgegrenztes Rechtsgebiet

Ein leistungsfähiges E-Government-Gesetz müsste die Prinzipien des E-Governments möglichst technologieneutral for-



Rainer Ullrich während seines Vortrages beim Berliner Anwenderforum E-Government im Februar 2012

mulieren. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass E-Government kein abgegrenztes und dauerhaft abgrenzbares Rechtsgebiet ist. Zielvorstellungen, die Informationstechnik und berührte Normen ändern sich ständig und machen ein regelmäßiges Monitoring des E-Government-Gesetzes erforderlich.

### Vieles ist regelungsbedürftig

In der öffentlichen Diskussion werden folgende Aspekte häufig als regelungsbedürftig angesehen:

- **Das Schriftformerfordernis:**  
Es gibt über 3.000 Vorschriften mit Schriftformerfordernis. Häufig ist hier die Gewohnheit maßgeblich und nicht das zwingend rechtliche Erfordernis einer Schriftform. Beispielhaft hierfür ist die Unterschrift unter einem Formular, wobei nicht immer substantiell geprüft ist, ob eine Unterschrift auf einem Formular wirklich erforderlich ist.
- **Das elektronische Signieren von Dokumenten:**  
Neben der qualifizierten elektronischen Signatur, die sich in den vergangenen Jahren als großes Hemmnis bei der Etablierung von E-Government-Verfahren gezeigt hat, sollten auch andere niederrangige Signaturarten möglich sein.
- **Die elektronische Kopie:**  
Es sollte die Möglichkeit einer elektronischen Beglaubigung für wiederkehrende und häufig vorzulegende Dokumente geben, die dann, vergleichbar einer beglaubigten Fotokopie eines Originals, eine beglaubigte elektronische Kopie darstellt.



Berliner E-Government-Anwenderforum 2012

- **Verkürzung des Dienstweges:**  
Wenn Nachweise grundsätzlich unmittelbar bei der ausstellenden Behörde angefordert werden können, kann der Dienstweg verkürzt bzw. Amtshilfe vermieden werden.
- **Die Veröffentlichungs- und Verkündigungspflicht:**  
Die Veröffentlichungs- und Verkündigungspflicht, bislang häufig geregelt in standardisierten Amtsblättern, muss nicht zwingend auf Papier erfolgen. Hier ist die elektronische Verkündigung eine Möglichkeit, Verfahren zu vereinfachen.
- **Die elektronische Aktenführung:**  
Umstritten ist die Frage, ob für die elektronische Aktenführung Regelungen in einem E-Government-Gesetz getroffen werden müssen. Die vorherrschende Meinung ist, dass die elektronische Aktenführung nicht im Rahmen eines Gesetzes geregelt werden muss, da auch die Papierakte nicht gesetzlich geregelt ist, sondern Ausfluss anderer Normen ist, wie zum Beispiel aus dem Gebot der Rechtsstaatlichkeit der Verwaltung im Grundgesetz. Unstrittig regelungsbedürftig ist hingegen das ersetzende Scannen. Das E-Government-Gesetz sollte regeln, unter welchen Umständen ein Papier-Original durch Scannen in eine elektronische Form überführt werden kann und das Papier-Original ersetzt.
- **Veränderung des Verfahrensrechts**  
Ein wichtiger Punkt ist auch eine Veränderung des Verfahrensrechtes, die allerdings nicht nur in einem zentralen E-Government-Gesetz geregelt werden kann. Hierzu zählt das in Fachgesetzen häufig obligatorische persönliche Erscheinen, zum Beispiel eines Antragstellers.

## »Ein E-Government-Gesetz allein macht noch kein E-Government«

Damit werden unter Umständen positive Effekte eines elektronischen Verfahrens verhindert, da zwar ein Dokument elektronisch beantragt, aber nicht elektronisch übermittelt werden kann, weil ein Papier-Original durch persönliches Erscheinen abzuholen ist.

### E-Government-Gesetz kann kein Allheilmittel sein

Die Hoffnungen, dass alle organisatorischen und rechtlichen Fragestellungen im Hinblick auf das E-Government durch ein E-Government-Gesetz gelöst werden können, werden sich als illusorisch erweisen.

Ein E-Government-Gesetz allein macht noch kein E-Government und ist kein Ersatz für eine fehlende E-Government-Strategie und E-Government-Policy. Ein mutiger Bundesgesetzgeber kann aber einen wichtigen Beitrag zur Beschleunigung von E-Government in der öffentlichen Verwaltung leisten. Wichtiger für den Erfolg von E-Government ist, dass E-Government endlich Chefsache wird.

	<b>Rainer Ulrich</b>
	Geschäftsführer INFORA GmbH
	<a href="mailto:ullrich@infora.de">ullrich@infora.de</a>
	

# Die elektronische Akte als Basis der elektronischen Verwaltungsarbeit.

## Carsten Schaefer

Die öffentliche Verwaltung in Deutschland befindet sich seit mehr als zehn Jahren in einer Umstellungsphase von der papierbasierten Aktenführung zur elektronischen Aktenführung. Um künftig möglichst umfassend Verwaltungsdienstleistungen bei sinkendem Personal anbieten zu können, ist die Verwaltung gezwungen, wesentlich effizienter zu werden.

### Elektronische Aktenführung noch nicht durchgesetzt

Die bisherigen Projekte zur Umstellung der papierbasierten Aktenführung zur elektronischen Aktenführung haben in der Öffentlichen Verwaltung zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen geführt. Von einem flächendeckenden Einsatz elektronischer Akten kann derzeit noch keine Rede sein. Gleichzeitig bilden elektronische Unterlagen (Textdateien, E-Mails, Daten in Fachverfahren usw.) in allen Verwaltungen die Basis des Verwaltungshandelns.

Die bestehenden organisatorischen Regelungen, wie beispielsweise Geschäftsordnungen und Registraturanweisungen, sind überwiegend auf die Papieraktenführung ausgerichtet. Dies führt dazu, dass elektronisch eingegangene oder erstellte Unterlagen ausgedruckt werden müssen, um sie der Papierakte zuzuführen. In vielen Behörden werden keine vollständigen Akten mehr geführt, da die aktenrelevanten Unterlagen in E-Mail-Systemen, diversen Dateiablagen, Fachverfahren und Papierakten verteilt aufbewahrt werden.

### Rechts- und beweissichere Aktenführung notwendig

Die Öffentliche Verwaltung steht somit vor der Herausforderung, zügig zu einer rechts- und beweissicheren Aktenführung zurückzukehren. Parallel hierzu ist die Öffentliche Verwaltung von der demografischen Entwicklung besonders stark betroffen.

Das hat Auswirkungen auf die Bereitstellung von Verwaltungsdienstleistungen, insbesondere in Flächenländern, und die Personalsituation in den Verwaltungen selbst. Bei einem durchschnittlichen Renteneintrittsalter von 63 Jahren werden in den nächsten acht Jahren allein beim Bund 15 Prozent und in den nächsten 15 Jahren fast 50 Prozent der Beschäftigten aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Im Bereich der Führungskräfte ist dieser Trend noch ausgeprägter. Die öffentliche Verwaltung wird in den kommenden Jahren in



einem deutlichen Wettbewerb mit der Industrie um qualifizierte Mitarbeiter stehen. Inwieweit die frei werdenden Stellen nachbesetzt werden können, kann derzeit nicht eingeschätzt werden.

### E-Akte und Langzeitspeicherung als Nukleus der Verwaltungsarbeit

Um künftig möglichst umfassend Verwaltungsdienstleistungen bei sinkendem Personal anbieten zu können, ist die Verwaltung gezwungen, wesentlich effizienter zu werden. Darüber hinaus werden bestimmte Verwaltungsleistungen künftig überwiegend elektronisch angeboten werden müssen.

Dies ist nur dann möglich, wenn alle aktenrelevanten Unterlagen in vollständigen elektronischen Akten vorliegen. Die elektronische Akte ist nach unserem Verständnis die Abbildung der behördlichen Schriftgutverwaltung in elektronischer Form. Sie besteht aus den beiden Komponenten organisatorischer Rahmen zur elektronischen Aktenführung und technische Umsetzung in einem DMS. Zur vollständigen E-Akte gehört ebenfalls eine beweissichere elektronische Langzeitspeicherung.

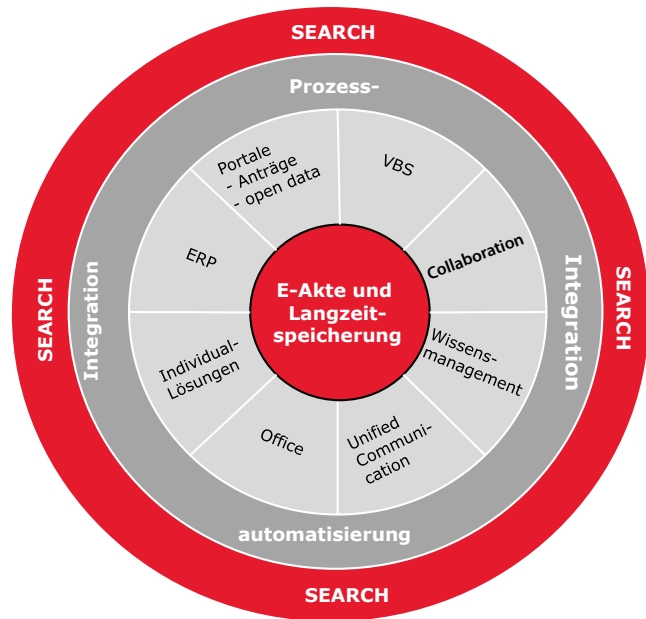
Die E-Akte und die Langzeitspeicherung bilden den Nukleus der elektronischen Verwaltungsarbeit. Für die Unterstützung der Verwaltungsprozesse bieten sich unterschiedliche Umsetzungsformen, wie beispielsweise E-Mail, De-Mail (für verwaltungsübergreifende Kommunikation), Workflow-Management (VBS), oder aber Collaborationsplattformen an.

## Unterlagen aus Fachverfahren in E-Akte integrieren

Alle aktenrelevanten Unterlagen aus Fachverfahren müssen in die E-Akte und Langzeitspeicherung integriert werden. (Vergleiche Grafik).

Um die einzelnen Behörden bzw. Organisationseinheiten „bedarfsgerecht“ mit der erforderlichen IT-Unterstützung bedienen zu können, werden die IT-Verfahrenslandschaften noch stärker modularisiert werden. Bedarfsgerecht bedeutet, dass basierend auf der E-Akte die einzelnen Behörden bzw. Organisationseinheiten in den Behörden unterschiedliche Formen der Prozessunterstützung und integrierten (mit der E-Akte) Fachverfahrensnutzung verwenden werden.

Diese Überlegungen sind auch in das „Organisationskonzept elektronische Verwaltungsarbeit“, dem Nachfolger des DOMEA-Konzepts, eingeflossen.



## Funktionale Anforderungen an E-Akte

Für die technische Abbildung der E-Akte in Dokumentenmanagementsystemen sind die folgenden funktionalen Komponenten erforderlich:

- Funktionen zur Abbildung der Schriftgutobjekte (Objekttypen und Metadaten) und der Objekthierarchie
- Einbindung von Ordnungssystemen zur Strukturierung und Klassifizierung von Schriftgut
- Versionierung und Protokollierung
- Nutzerverwaltung und Aufbauorganisation
- Rechte- und Zugriffsverwaltung
- Recherche
- Import-/Exportfunktion
- Office- und E-Mail-Integration
- Mobiles Arbeiten
- Schnittstelle zu einem TR-ESOR-konformen Langzeitspeicher
- Unterstützung der Aussonderung
- Webservice-Schnittstelle
- Administrations- bzw. Konfigurations-Tool

## Nichtfunktionale Eigenschaften: einfach und leicht

Hinzu kommen nichtfunktionale Anforderungen. Dabei ist insbesondere die Softwareergonomie zu nennen. Diese hat aufgrund der Erfahrungen aus den letzten Jahren entscheidenden Einfluss auf die Nutzerakzeptanz und somit auch auf den Projekterfolg.

## Schlussfolgerung für die Projektarbeit

Für die Projektarbeit bedeutet dies:

- Deutliche Fokussierung auf den schnellen flächendeckenden Einsatz der E-Akte.
- Frühzeitige Berücksichtigung der beweissicheren elektronischen Langzeitspeicherung.
- Nicht mehr eine Lösung für alles, sondern bedarfsgerechte IT-Unterstützung der Organisationseinheiten mit dem Ziel, medienbruchfreie Verwaltungsprozesse aufzubauen.

	<b>Carsten Schaefer</b>
	Manager BearingPoint Management & Technology Consultants carsten.schaefer@bearingpoint.com



# Die Einführung der elektronischen Verwaltungsakte darf kein IT-Projekt sein.

## Interview mit Frau Kerstin Prekel, Informationstechnische Leiterin im Bundesverwaltungsgericht, Leipzig.

**PDVNews:** Frau Prekel, was waren die Beweggründe, ein Projekt zur Einführung der elektronischen Akte im Bundesverwaltungsgericht zu initiieren?

Kerstin Prekel: Im April 2008 wurde im Bundesverwaltungsgericht das Projekt zur Einführung der elektronischen Gerichts- und Verwaltungsakte – kurz EGuVA gestartet. Ursprünglich bestand unser Ziel darin, ein System einzuführen, das für alle Bereiche der elektronischen Akte in unserem Haus, also sowohl für die Gerichts- als auch die Verwaltungsakte geeignet ist.

**PDVNews:** Sie haben dieses Ziel korrigiert?

Kerstin Prekel: Ja, mithilfe externer Berater, die wir über das Konjunkturpaket II in das Projekt eingebunden hatten, wurden ein Fachkonzept erarbeitet und die Geschäftsprozesse analysiert. Wir kamen zu der Erkenntnis, dass sich die Arbeit mit Gerichtsakten gravierend von der mit Verwaltungsakten unterscheidet. Wenn man davon absieht, dass es sich in beiden Fällen um die Arbeit mit Akten handelt, gab es nur sehr wenige Gemeinsamkeiten.

Die rechtlichen Vorgaben zur Führung des jeweiligen Aktenotyps unterscheiden sich grundlegend. Außerdem bestanden berechnete Zweifel, dass ein DMS/VBS aus der Verwaltung zu der bei uns bereits etablierten Fachanwendung GOŠA passen würde. Also haben wir uns entschlossen, zwei Systeme einzuführen und zwei voneinander getrennte (Teil-)Projekte aufzusetzen.

**PDVNews:** Für welche Bereiche sollte die elektronische Verwaltungsakte eingeführt werden, und wie viele Kolleginnen und Kollegen waren von diesen Veränderungen betroffen?

Kerstin Prekel: Die elektronische Verwaltungsakte sollte in der Hausleitung, der Verwaltungsabteilung und zum Teil bei jenen Beschäftigten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundesverwaltungsgerichts eingeführt werden, die verwaltungsorientiert arbeiten.

Die Verwaltungsabteilung ist für die Bereitstellung von Personal- und Sachmitteln sowie für die Regelung des Dienst- und Geschäftsbetriebs zuständig. Ihr obliegen auch die Personalverwaltung, Sicherungsmaßnahmen im Rahmen der

Hausverwaltung und die Unterhaltung der Baulichkeiten. Der Wissenschaftliche Dienst unterstützt die Tätigkeit der Richter und aller nichtrichterlichen Beschäftigten des Bundesverwaltungsgerichts durch die Bereitstellung von Informationen. Es galt also, an über 100 Arbeitsplätzen die elektronische Verwaltungsakte einzuführen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von vornherein an den Umgestaltungen teilhaben zu lassen.

**PDVNews:** Wie haben Sie dieses Projekt vorbereitet?

Kerstin Prekel: Im Frühjahr 2010 haben wir mit einem umfangreichen Fragenkatalog die Ausschreibung zur Verwaltungsakte veröffentlicht. Die Auswahl des geeigneten Angebots hat einige Zeit in Anspruch genommen, zumal sich die angebotenen Produkte nicht grundsätzlich voneinander unterscheiden. Wir haben dann Ende 2010 der PDV-Systeme GmbH mit VISkompakt den Zuschlag erteilt, weil auch die Wirtschaftlichkeit des Angebots überzeugte. Im Januar 2011 fiel dann mit dem Kickoff-Meeting der Projektgruppe der Startschuss zur Einführung der Verwaltungsakte.

**PDVNews:** ... und im November des gleichen Jahres wurde das Projekt erfolgreich abgenommen. Eine solche Aufgabe innerhalb eines knappen Jahres zu realisieren, mutet sehr sportlich an. Wie haben Sie dieses Projekt organisiert?

Kerstin Prekel: Es gab einen wesentlichen Schlüssel zum Erfolg: Ein solches Projekt zur Einführung der elektronischen Verwaltungsakte durfte keineswegs als IT-Projekt deklariert werden. Intern haben wir zunächst ein größeres Projektteam gebildet. Dabei haben wir von Anfang an darauf geachtet, dass alle beteiligten Gruppen auch im Projektteam vertreten waren, die klassische Verwaltung ebenso wie der wissenschaftliche Dienst, die Registratur und die IT.

Die Projektgruppe wurde von Frau Rohling, Ständige Vertreterin des Verwaltungsleiters, geführt. Ich war die stellvertretende Projektleiterin. Und dann haben wir mit dem Projektteam klassisches Projektmanagement praktiziert. Es gab wöchentliche Treffen, Verantwortlichkeiten, Meilensteine und Statusberichte. Außerdem haben sich in der Umsetzungsphase natürlich die umfangreichen Vorarbeiten – insbesondere in der Phase der Erarbeitung und Abstimmung des Fachkonzeptes – bezahlt gemacht.





*Haupteingang des Bundesverwaltungsgerichts*



### **PDVNews: Wie gestaltete sich die Aufgabenteilung im Team?**

Kerstin Prekel: Die ergab sich im Wesentlichen durch die Zusammensetzung des Projektteams. Zum Beispiel wurde eine neue Registraturanordnung erarbeitet. Das Projektmitglied aus der Registratur hat diese Aufgabe ganz selbstverständlich federführend übernommen. Und so war es auch bei anderen Aufgaben – die Zuständigkeiten ergaben sich automatisch.

### **PDVNews: Erfahrungsgemäß werden solche Einführungsprozesse von zahlreichen Ängsten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleitet.**

Neben der inhaltlichen und organisatorischen Umsetzung des Projekts, die gemeinsam mit dem Hersteller erfolgte, mussten Sie auch dafür sorgen, in kurzer Zeit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Neugestaltung der Arbeitsabläufe mithilfe der elektronischen Verwaltungsakte zu gewinnen.

### **Wie haben Sie es geschafft, die notwendige Akzeptanz herzustellen?**

Kerstin Prekel: Obwohl wir bereits seit April 2008 regelmäßige Informationsveranstaltungen zur Einführung von elektronischer Verwaltungsakte und Gerichtsakte durchgeführt hatten, bescheinigte uns eine durch einen unbeteiligten Externen durchgeführte Umfrage im Jahr 2010 fehlende Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Die Botschaften waren zum Teil zu technikverliebt und wurden nicht verstanden. Damit bestand für unser Projekt zur Einführung der Verwaltungsakte unmittelbarer Handlungsbedarf.

Wir setzten ein Konzept zum Akzeptanz- und Change-Management auf und setzten es im Jahr 2011 parallel zu den technischen und organisatorischen Aufgaben um. Wir eröffneten eine Intranetseite mit Videos, Interviews und Antworten auf häufig gestellte Fragen.

Wir zeigten die Vorteile der elektronischen Aktenführung im Verwaltungsbereich auf, z.B. im Bereich von Recherche oder beim Verfolgen von Mitzeichnungen. Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erreichen, bemühten wir uns um eine verständliche Sprache und lockere Vermittlung des Themas. Wichtig war uns, dass die Leser eine Antwort auf ihre speziellen Fragen erhalten, um Ängste abzubauen und die Akzeptanz für das Vorhaben zu verbessern. Wir kreierten für die Intranetseite zur Elektronischen Verwaltungsakte das Maskottchen namens EVA, das die Beschäftigung mit diesem sachlichen Thema angenehmer machen und positive Emotionen transportieren soll. Wir können sagen, dass wir nach Einführen des Systems keine Verweigerer haben.

Natürlich gibt es noch diese und jene Kritik und einigen Beschäftigten fällt der Umstellungsprozess verständlicherweise nicht leicht. Aber im Prinzip haben viele die Vorteile des neuen Systems erkannt.



*Zugang zum neuen Dachgeschoss des Bundesverwaltungsgerichts*

**PDVNews: Welche Meilensteine stellte die Projektgruppe auf, um vom Konzept zum Roll-out zu gelangen?**

Kerstin Prekel: Der Anfang des Jahres 2011 war gekennzeichnet durch die Workshop-Phase. Wir glichen das Fachkonzept mit VISkompakt ab. Was wollen wir? Was ist mit VISkompakt möglich? Wo gibt es Lücken? Wir stellten fest, dass wir für solide Einschätzungen im Projektteam auch etwas von VISkompakt verstehen mussten. Das Projektteam erhielt deshalb eine Grundschulung in VISkompakt.

Wichtige Konzepte wurden gemeinsam mit der PDV-Systeme und der GISA als deren Partnerin erarbeitet. Dazu gehörten das Fein- und Konfigurationskonzept, das Betriebskonzept, das Datenschutz- und -Sicherheitskonzept.

Die erforderlichen Anpassungen konnten fixiert und nachfolgend von der PDV-Systeme die Anpassungsaufwände für die Bereitstellung des Systems fixiert werden. Bereits im Mai erhielten wir vom Hersteller die erste Testversion. Wir prüften das System auf der Grundlage einer umfangreichen Testkonzeption. Wir stellten eine To-do-Liste auf, die anfangs noch recht umfangreich war. Daraufhin wurden vom Hersteller in mehreren Phasen die notwendigen Anpassungen und Fehlerbereinigungen vorgenommen.

Nach der Sommerpause war das System soweit abnahmefähig, dass wir die nächsten Schritte zur Pilotierung angehen konnten.

**PDVNews: Sicher gab es auch Reibungen im Projekt, zumal kurzfristige Termine einzuhalten waren?**

Kerstin Prekel: Ja, gerade zu Beginn des Projekts mussten wir uns erst zusammenfinden. Die Integration des Systems war kompliziert und die Kommunikation noch nicht immer optimal. Aber diese Anfangsschwierigkeiten konnten überwunden werden. Die Ergebnisse sprechen heute für sich.

**PDVNews: Wie ging es in Ihrem Projekt dann weiter?**

Kerstin Prekel: Im September 2011 konnten wir mit der Pilotphase beginnen. Diese Phase dauerte etwa vier Wochen. An dieser Pilotphase waren vor allem die Haus- und Verwaltungsleitung, der IT-Bereich und die Beschaffung beteiligt.

Es wurden in dieser Zeit insbesondere der Prozess des Posteingangs über die eigens integrierte Postmappenfunktionalität, die Rechnungsbearbeitung und Beschaffung getestet. Unsere Präsidentin war in dieser Pilotphase direkt als Nutzerin involviert. In der Pilotphase hatten außerdem bereits alle Nutzerinnen und Nutzer eine Recherche-Schulung zu VISkompakt erhalten, und für alle wurde bereits der lesende Zugriff auf das System freigeschaltet. Das wurde vielleicht noch nicht von vielen genutzt, aber diese Maßnahme diente der Akzeptanz. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass vor der Roll-out-Phase etwas Geheimnisvolles passiert. Und wer wollte, konnte schon einmal schauen, was passiert. Die Pilotphase konnten wir mit einer überraschend hohen Akzeptanz abschließen.

**PDVNews: Wie lief dann die Roll-out-Phase ab?**

Kerstin Prekel: Die Roll-out-Phase begann im Oktober. Die Anwender erhielten Schulungen zur Schriftgutverwal-



*Maskottchen EVA (Elektronische VerwaltungAkte)  
als charmante Projektbegleiterin*

tung und zum Geschäftsgang. Das System wurde nach der Schulung freigeschaltet mit der Maßgabe, alle neuen Vorgänge dann in VISkompakt anzulegen. Die alten Vorgänge wurden papiergebunden zu Ende geführt, und wir suchten nach pragmatischen Lösungen, dass z.B. bei Verträgen mit noch längerer Laufzeit diese in der Zukunft auch elektronisch (insbesondere die Bearbeitung der eingehenden Rechnungen) bearbeitet werden, jedoch nur bestimmte Teile der Altvorgänge nacherfasst werden mussten.

**PDVNews: Die Schulung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen erfolgte durch die GISA. Wie gelang es, in dem kurzen Zeitraum das notwendige Wissen zu vermitteln?**

Kerstin Prekel: Wir entschlossen uns, für die meisten Teilnehmer nur Grundschulungen von 1,5 Tagen, dreimal einen halben Tag lang, durchzuführen. Die Registratoren erhielten eine Sondereinweisung und die Haus- und Verwaltungsleitung eine kurze Schulung am Arbeitsplatz zum Umgang mit Postmappen. Ende November hatte die GISA alle Schulungen erfolgreich abgeschlossen. Nach Freischalten des Systems haben wir den Schwerpunkt auf die individuelle Anwenderbetreuung gesetzt. Dieses Vorgehen hat sich bewährt. Ein Trainer war im Dezember vor Ort. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wurden am Arbeitsplatz nach Problemen befragt und Lösungen aufgezeigt.

Darüber hinaus haben wir wöchentliche Treffen angeboten, bei denen sich die Anwender und Anwenderinnen zu ihren Erfahrungen bei Arbeit mit dem neuen System austauschen können. Diese Runden wurden von Anfang an gut angenommen und sollen auch noch einige Zeit fortgeführt werden.

**PDVNews: Das Projekt ist Ende des Jahres 2011 erfolgreich abgenommen worden. Wie schätzen Sie den gegenwärtigen Stand ein?**

Kerstin Prekel: Das System ist ja erst seit wenigen Wochen in Betrieb. Es gibt natürlich immer noch diese und jene Frage, aber die Arbeit funktioniert. Wir lassen die Anwender nicht allein. Die intensive Anwenderbetreuung wird – einige Wochen auch noch mit Unterstützung eines Mitarbeiters der GISA – fortgesetzt, und auch die regelmäßigen Runden zum Erfahrungsaustausch werden fortgeführt.

Natürlich gibt es auch immer Sonderfälle in der Anwendung für einige wenige Arbeitsplätze. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der rechtsprechungsnahen Verwaltung arbeiten sozusagen im Übergangsbereich zwischen Gerichts- und Verwaltungsakten. Es ist zu entscheiden, wie mit diesen 10 bis 15 Arbeitsplätzen verfahren werden soll. Spätestens bis Ende des Jahres 2012 soll die Einführung des Systems endgültig abgeschlossen sein.

Wir sind sehr optimistisch, dass uns das gemeinsam mit der PDV-Systeme und ihrer Partnerin, der GISA, gelingen wird.

**PDVNews: Vielen Dank für Gespräch.**

# Das Elektronische Sitzungsinformationssystem im Landtag von Sachsen-Anhalt.

**Peter Fauck**

Der Präsident des Landtages von Sachsen-Anhalt hat den offiziellen Start des neuen Dienstes im Dezember 2011 mit der Erwartung verbunden, „dass das Sitzungsinformationssystem die Qualität der Beratungen nachhaltig verbessern werde“, und bringt damit die Ansprüche der wichtigsten Zielgruppe, nämlich der derzeit 105 Abgeordneten, auf den Punkt. Neben diesen haben auch Fraktionsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Landtagsverwaltung Zugriff auf das Sitzungsinformationssystem (SIS).

## SIS – Komfortabel für die Anwender

Auf den ersten Blick handelt es sich beim SIS um einen einfach gestalteten Bereich im Intranet des Landtages, wo alle Tagesordnungen und Einladungen zu den Sitzungen des Plenums und der Ausschüsse abrufbar sind. Bei genauerer Betrachtung lassen sich weitere Funktionalitäten erkennen, die zusammen ein komfortables Angebot für die Anwender ergeben. Die Tagesordnungen sind angereichert mit diversen Kontextinformationen und erlauben den direkten Zugriff auf sämtliche beratungsrelevanten Dokumente sowie einen einfachen Einstieg in das weiterführende Angebot der Parliamentsdokumentation.

Mithilfe persönlicher Profile kann sich jeder Anwender das SIS nach seinen Bedürfnissen konfigurieren und sich beispielsweise wie gewohnt nur über diejenigen Gremiensitzungen informieren lassen, an denen er auch teilnimmt. Er hat nun aber auch die Option, sich grundsätzlich über die Sitzungen und Themen aller Gremien auf dem Laufenden zu halten. Damit ist zugleich eine neue Form der parlamentsinternen Öffentlichkeit entstanden, denn das konventionelle, papierdominierte Einladungsverfahren war primär an Ausschussmitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder adressiert und ermöglichte dem Einzelnen nur einen Zugang zu den Informationen weniger Gremien.

## Schnellere Informationsbereitstellung

Die erreichte Steigerung der Informationsqualität hängt aber nicht alleine mit der elektronischen Dokumentenbereitstellung zusammen, denn natürlich wurden bereits vor der Einführung des SIS im Landtag elektronische Dokumente über verschiedene Informationssysteme verbreitet.

Erst die zentrale und vollständige Verwaltung des gesamten parlamentarischen Schriftguts im Dokumentenmanagementsystem (DMS) der Landtagsverwaltung ermöglicht eine wirklich effiziente Weiterverarbeitung und Verbreitung von zielgruppengerechten Informationen. Der Qualitätszuwachs entsteht für den Nutzer des SIS hauptsächlich aus dem erheblichen Geschwindigkeitsgewinn bei der Informationsbereitstellung, der durch den Wegfall von Zwischenschritten und einer weit gehenden Automatisierung entsteht, sowie aus der bereits erwähnten Kontextualisierung der Sitzungsdaten. Bislang dauerte es mindestens einen Tag, bis der Abgeordnete eine Einladung über sein Postfach im Hause oder in seinem Wahlkreisbüro erhielt. Mit dem SIS kann er auf alle Informationen bereits in dem Moment zugreifen, in dem der zuständige Ausschussassistent die Daten in VISkompakt zum Export ins SIS freigibt.

Das gilt natürlich auch für sämtliche nachträglichen Änderungen und aktuellen Hinweise, die für den Nutzer zu jedem beliebigen Zeitpunkt vor und während einer Sitzung über seinen Arbeitsplatz-PC oder ein mobiles Endgerät abrufbar sind.

## Entstehung und Funktionalität des SIS

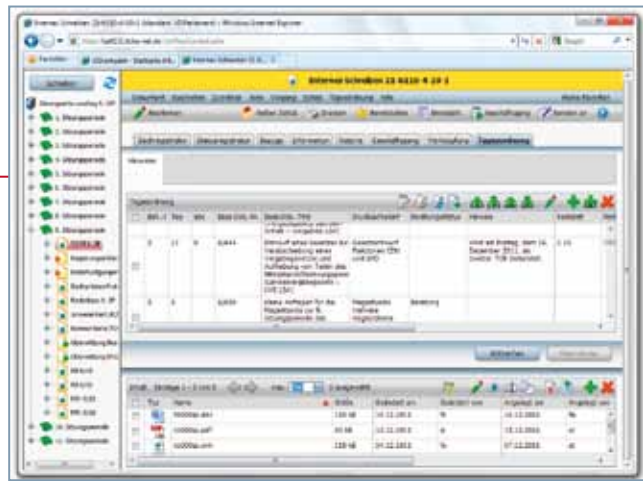
Seit dem Jahr 2010 führen die Parlamentarischen Dienste der Landtagsverwaltung elektronische Akten mit VISkompakt. Diese enthalten das gesamte Schriftgut zu allen Beratungsgegenständen und dokumentieren detailliert den Wer-



*Als erstes deutsches Landesparlament hat der Landtag von Sachsen-Anhalt im Dezember 2011 ein DMS-basiertes Sitzungsinformationssystem eingeführt.*



Startseite des Sitzungsinformationssystems im Landtagsintranet



Das Tagesordnungsmodul in VISkompakt

degang der Themen, mit denen sich das Parlament befasst. Es war naheliegend, den im DMS vorhandenen Datenbestand auch für andere Anwendungen zu nutzen und damit die vorhandenen Informationsstrukturen zu straffen und zu vereinheitlichen.

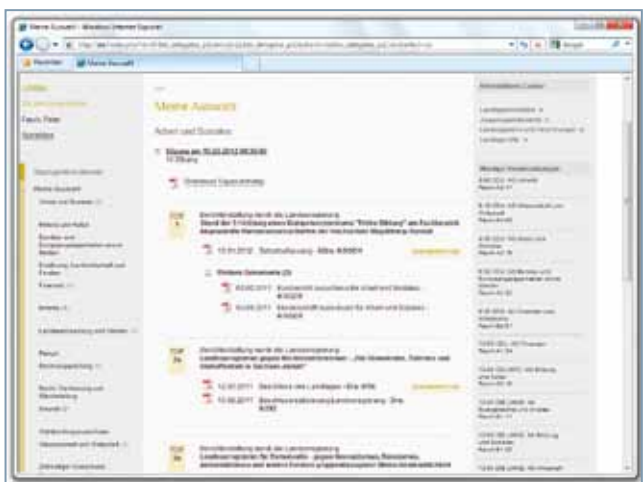
Ausgangspunkt für die Konzeption des SIS war der Gedanke, ein den Abgeordneten vertrautes Arbeitsmittel, nämlich Sitzungseinladungen, in angereicherter elektronischer Form anzubieten. Gemeinsam mit PDV hat die Landtagsverwaltung dafür ein spezielles Add-on zu VISkompakt entwickelt, mit dem sich Tagesordnungen erstellen lassen, indem auf Dateien und Metadaten zugegriffen wird, die bereits im DMS angelegt sind.

Dieses VIS-Tagesordnungsmodul erlaubt es den Ausschussassistenten, durch einen einfachen Eintrag einer Dokumentennummer in das dafür vorgesehene Feld, ein Thema auf eine Tagesordnung zu setzen. Alle weiteren Informationen – dazu gehören neben dem zugrunde liegenden Basisdokument (im parlamentarischen Verfahren z. B. ein Gesetzentwurf oder Antrag) auch alle damit verbundenen Vorlagen, Protokolle und sonstigen Folgedokumente – werden durch das Add-on automatisch aus dem DMS herausgefiltert und über eine XML-Schnittstelle an das Intranet-CMS und einen zentralen Dokumentenspeicher übergeben.

Parallel dazu wird eine konventionelle Tagesordnung als PDF-Dokument erzeugt, die ebenfalls im SIS abrufbar ist und zugleich als Druckvorlage für diejenigen Abgeordneten dient, die weiterhin papierbasiert arbeiten möchten. Die Tagesordnungen können jederzeit nachbearbeitet oder ergänzt und dann erneut exportiert werden – mit einem insoweit stets aktuellen Stand im SIS.

### Nutzerakzeptanz

In den ersten zwei Monaten seit dem Betriebsstart hat das SIS durchweg positive Resonanz erzeugt. Eine gehörige Anzahl Abgeordnete und zahlreiche Fraktions- und Verwaltungsmitarbeiter rufen das Angebot regelmäßig auf und haben persönliche Profile angelegt. Besonders wird die



Elektronische Tagesordnung im SIS

Möglichkeit geschätzt, ortsunabhängig auf alle Dokumente und Informationen für anstehende Sitzungen zugreifen zu können. Ob das SIS tatsächlich die Qualität der Beratungen verbessert, kann nach der kurzen Betriebsdauer noch nicht abschließend beantwortet werden. Aber die Aktualität des Informationsflusses konnte spürbar verbessert werden und erleichtert die Arbeit der Abgeordneten.



**Peter Fauck**

Archivar  
Landtag von Sachsen-Anhalt

[peter.fauck@lt.sachsen-anhalt.de](mailto:peter.fauck@lt.sachsen-anhalt.de)



# Öffentliche Gebäude in Deutschland: Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

## Zur Geschichte

Das Gebäude des Bundesverwaltungsgerichtes ist ein architektonisches Kleinod. Die ausgewogenen Proportionen und sein von der Liebe zum Detail geprägter Schmuck beeindrucken den Betrachter.

Das große Gebäude repräsentiert mit seiner Ausstrahlung die zeitlose Wertschätzung gegenüber der rechtsprechenden Gewalt. Demgemäß wirkt seine Architektur zwar eindrucksvoll, aber nicht übermächtig – großzügig, aber nicht erdrückend.

Das Gebäude des Verwaltungsgerichts in Leipzig hat eine lange Geschichte. Es wurde im Stil des späten Historismus als Reichsgericht erbaut und 1895 von Kaiser Wilhelm II. eingeweiht. Die Architekten Ludwig Hoffmann (1852-1932) und Peter Dybwad (1859-1921) überzeugten seinerzeit mit ihrem Entwurf vor allem durch die gelungenen Proportionen des Gebäudes und die funktionale Gruppierung der Räume.

Seit dem Jahr 1895 diente das Gebäude dem Reichsgericht, dem obersten Gerichtshof des Deutschen Reichs, auf dem Gebiet des Zivil- und des Strafrechts.

Zahlreiche Prozesse fanden hier statt, von denen insbesondere die Strafverfahren die nationale und internationale Öffentlichkeit bewegten – beispielsweise 1907 das Hochverratsverfahren gegen Karl Liebknecht, 1933 der Reichstagsbrandprozess, der mit der Verurteilung von der Lubbe zum Tode und dem Freispruch der vier kommunistischen Angeklagten Dimitroff, Torgler, Popoff und Taneff endete.

## Umfassende Sanierung des Gebäudes 1998

Die Unabhängige Föderalismuskommission des Bundes und der Länder beschloss 1992 den Umzug des Bundesverwaltungsgerichts nach Leipzig.

Gut 100 Jahre nach seiner Fertigstellung wurde das Gebäude 1998 aufwendig grundsaniert und behutsam an den erhöhten Platzbedarf angepasst. Begleitet wurden die Bauarbeiten vom Landesamt für Denkmalschutz. Das aus Raumgründen notwendig gewordene Dachgeschoss wurde praktisch unsichtbar für den Betrachter zwischen den bestehenden Dachaufbauten eingefügt.

Hinter dem Hauptportal zeigt sich der Mittelbau mit dem Kuppelaufsatz. Im Mittelbau sind auf zwei Etagen sechs Sitzungssäle und der Plenarsaal untergebracht. Im Nord- und

Südflügel finden sich die Dienstzimmer. Bis 1945 befand sich im Südflügel die Dienstwohnung des Reichsgerichtspräsidenten. Der ehemalige Festsaal dient heute nach der Sanierung als Versammlungsraum. Der historische Plenarsaal und die Kuppelhalle sowie eine Ausstellung sind öffentlich zugänglich.

## Aufgaben des Bundesverwaltungsgerichts

Das Bundesverwaltungsgericht ist der zentrale Oberste Gerichtshof des Bundes für den Bereich der Allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es ist für alle öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten zwischen Bürger und Staat zuständig, soweit nicht der Rechtsweg zu anderen Gerichten offen ist.

Die Hauptaufgabe des Bundesverwaltungsgerichts besteht darin, als Revisionsinstanz über die Anwendung von Bundesrecht zu entscheiden und die Vereinheitlichung sowie Fortbildung des Rechts zu sichern.

(Quelle: Bundesverwaltungsgericht)



Blick vom Simsonplatz auf das Bundesverwaltungsgericht mit Pleißemühlgraben



*Großer Sitzungssaal des Bundesverwaltungsgerichts*



*Blick auf die Haupttreppe mit der Skulptur „Die Verdammnis“.*



*Festsaal in der ehemaligen Dienstwohnung des Reichsgerichtspräsidenten im Südflügel des Gebäudes*

# ITDZ Berlin: Von der Behörde zum IT-Unternehmen.

## Konrad Kandziora

„Umstellung“ und „Wandel“ sind seit über vierzig Jahren Konstanten in der Entwicklung des IT-Dienstleistungszentrum Berlin (ITDZ Berlin) und seiner institutionellen Vorgänger. Die Erweiterung des Hauptgebäudes in Berlin-Wilmersdorf mit dem im Februar 2012 abgeschlossenen Umbau des Hofkomplexes unterstreicht das neue Selbstverständnis des öffentlichen Unternehmens als zentraler IT-Dienstleister der Berliner Verwaltung.

Parallel zur Erweiterung des IT-Standorts, treibt das ITDZ Berlin die Entwicklung zum umfassenden IT-Lösungsanbieter voran.

### Das größte Rechenzentrum Europas: Die Unternehmensgeschichte

1966, vor fast 50 Jahren, verfügte Berlin mit einer Datenkapazität von 28.000 Worten auf zwei Multiverarbeitungsanlagen über das größte Rechenzentrum Europas. Am 10. Juli 1969 fiel die Verantwortung für die Großrechner mit dem Landesamt für Elektronische Datenverarbeitung (LED) an eine eigenständige Behörde.

Fachkräfte in weißen Kitteln verwalteten die Daten Berlins mit Lochstreifen, Magnetband- und Kassettensystemen. Datensicherheit wurde dabei von Beginn an groß geschrieben. Über die Sicherheitsvorkehrung im LED schrieb die Berliner Morgenpost am 20. März 1976: „Es ist wohl leichter einen Tresor zu knacken, als unbewacht in die neunte Etage des Landesamtes für Elektronische Datenverarbeitung in der Berliner Straße zu gelangen.“

Mit der neuen Zeitrechnung der Arbeitsplatzrechner (APC) und der damit einhergehenden Dezentralisierung der Rechenleistung in den achtziger Jahren folgten weiteren Umstellungen. Ein wichtiger Einschnitt in der Entwicklung brachten der Mauerfall und die Wende, nach denen man die Datenverarbeitung Ost- und West-Berlins im Landesamt für Informationstechnik (LIT) zusammenführte.

Mit dem Aufbau eines modernen Daten- und Telefonnetzes schuf das LIT für die wiedervereinigte Berliner Verwaltung die Voraussetzungen für die flächendeckende Nutzung von E-Mails, einen zentralen Zugriff auf das Internet und ein kostengünstiges Telefonnetz. Parallel zum Auf- und Ausbau der IT-Infrastruktur Berlins wurde 1998 aus dem Landesamt ein Landesbetrieb und 2005 eine Anstalt öffentlichen Rechts. Seitdem gilt es nicht nur mit der Entwicklung der Informationstechnik Schritt zu halten, sondern auch dem Service-



*Blick in die Pausenräume nach dem Umbau*

anspruch der öffentlichen Kunden an ein Unternehmen gerecht zu werden. Dazu gehören beispielsweise der Aufbau eines zentralen User-Help-Desk oder die Implementierung eines modernen Rechnungswesens.

### Der heutige Anspruch: Shared-Services für die Berliner Verwaltung

Das ITDZ Berlin stellt heute mit dem 942 Kilometer langen Berliner Landesnetz (BeLa) die Lebensader der öffentlichen Institutionen des Bundeslandes. Lichtwellenleiter-Kabel verbinden 516 Standorte von der Verwaltung bis zur Wissenschaft. Als gemeinsames Netz für Sprache und Daten bietet das BeLa nicht nur die Voraussetzungen für den telefonischen Service Voice over IP (VoIP) sondern ist auch Grundlage für die Nutzung von Shared Services bei der Datenspeicherung und -verarbeitung in zentralen Rechenzentren.

Für den Shared Service der Zukunft arbeitet das Unternehmen an einer Cloud-Computing-Lösung. Damit sollen die öffentlichen Institutionen Berlins innerhalb des gesicherten Berliner Landesnetzes Server- und Speicherkapazitäten,



Rechenleistung und Software im Intranet automatisiert und flexibel abrufen sowie nutzungsgerecht abrechnen können. Dabei beschränken sich die zentralen Serviceangebote für die Berliner Verwaltung nicht nur auf klassische IT-Lösungen.

Wer heute in einer Berliner Behörde anruft, wird in der Regel mit dem Service Center des ITDZ Berlin verbunden. In der zentralen Telefonvermittlung gehen täglich bis zu 25.000 Telefonanrufe auf mehr als 100 verschiedenen Rufnummern ein.

Gemeinsam mit der Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport arbeitet das ITDZ Berlin zudem am „Berliner Bürgertelefon 115“: einer regionalen Weiterentwicklung der

zentralen Behördenrufnummer 115, die Sachbearbeiter in der Verwaltung von Routineauskünften entlastet.

### **Ausbau des Unternehmens zu einem zentralen Berliner IT-Standort**

Ein absehbarer Wandel, auf den sich das ITDZ Berlin vorbereitet, ist die demographische Entwicklung, durch die das Anwerben von qualifiziertem IT-Personal zukünftig schwieriger wird. Um als Arbeitgeber weiter attraktiv zu bleiben, setzt das Unternehmen nicht nur auf die eigene Ausbildung und auf familienfreundliche Strukturen für Arbeitnehmer, sondern auch auf moderne Räumlichkeiten.

2008 erwarb das ITDZ Berlin nicht nur den bisherigen Stammsitz des Unternehmens sondern auch anliegende Gebäude, und schuf damit einen zusammenhängenden Unternehmenskomplex.

Bei Konzeption und Umbau der neuen Räume stand eine zentrale Dienstleistung des Unternehmens im Mittelpunkt: Die Kommunikation. Offene Räume, Gruppenbereiche und zentrale Anlaufstellen wie ein neues Bistro oder ein Sportraum sollen die Kommunikation der Mitarbeitenden untereinander fördern und unterstützen. Ein modern und transparent gestaltetes Kommunikationszentrum spiegelt den eigenen Anspruch im Gespräch mit dem Kunden wieder.



*Bistro im ITDZ Berlin*



*Das telefonische Service Center des ITDZ Berlin*

Darüber hinaus schuf das ITDZ Berlin mit einem zweiten Data-Center die Voraussetzung für den absehbar steigenden Bedarf an der zentralen Bereitstellung von Rechenleistung und Datenverarbeitung als Shared Service für die Berliner Verwaltung.

### Zukunftsperspektive E-Government-Anwendungen

Den stetigen Anspruch an Umstellung und Wandel spiegeln auch die mehr als 25 Projekte wieder, in denen sich die Mitarbeitenden mit Innovationsfragen befassen. Die Bandbreite reicht dabei von der Gestaltung der Geschäftsprozesse in der Verwaltung über die Schaffung von Langzeitangeboten bis hin zur Optimierung der eigenen Prozesse.

#### Die elektronische Akte bei der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen

Seit Ende November 2010 begleitete das ITDZ Berlin gemeinsam mit dem Wirtschaftspartner PDV Systeme die Berliner Senatsverwaltung für Finanzen bei der Umstellung ihres elektronischen Dokumentenmanagementsystems (DMS).

Die Gründe für die Umstellung waren vielfältig: Der Support für das etablierte DMS lief aus, die Softwareergonomie war nicht mehr auf dem aktuellen Stand und das alte DMS ermöglichte keine Anbindung an Fachverfahren oder neue Bürosoftware. Die fachliche Eignung des neuen Systems wurde anhand eines Testmandanten in der nach den Vorgaben der Senatsverwaltung prototypischen Konfiguration nachgewiesen. Im Mittelpunkt des Projekts stand die technische Ablösung des alten Systems und die Migration der vorhandenen Daten.

Ein zentrales Anliegen der Projektpartner war eine möglichst reibungslose Ablösung des alten Systems. Nach Migration und Schulung sollten die rund 180 Nutzer des etablierten DMS ein intuitiv zu bedienendes Werkzeug mit der gewohnten Funktionalität vorfinden. Eine weitere Herausforderung des Vorhabens lag in der vollständigen Migration des kompletten Datenbestands aus rund zehnjähriger DMS-Nutzung.

Die erfolgreiche Produktivsetzung erfolgte im November 2011. In der Folge wird der Nutzerkreis auf alle Dienstkräfte der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen erweitert.

Das Ziel der kommenden Jahre ist es, sich noch stärker zum Komplettanbieter von IT-Lösungen zu profilieren. Ohne die etablierten IT-Infrastrukturangebote zu vernachlässigen, wird die Beratungsleistung stärker in den Fokus gerückt. Im Zentrum steht die Beratung bei der Ausschreibung und Implementierung neuer Software für IT-Fachverfahren oder die Umstellung von papiergebundener auf elektronische Arbeitsprozesse. Bereits heute ermöglicht die „eGovernment-Suite“ des Unternehmens der Verwaltung die Einführung der elektronischen Akte und des elektronischen Archivs. Bei dem Ausbau des neuen Service kann das Unternehmen bereits auf mehr als ein erfolgreich durchgeführtes Referenzprojekt innerhalb der Berliner Verwaltung verweisen.

So begleitete das ITDZ Berlin mit dem Unternehmenspartner PDV Systeme die Bußgeldstelle der Berliner Polizei bereits im Jahr 2005 bei der Einführung der ersten elektronischen Akte Berlins. Weitere Projekte zur elektronischen Vorgangsbearbeitung in der Berliner Senatskanzlei, der Berliner Ausländerbehörde und in der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen folgten.

### Stetiger Wandel als Leitmotiv

Deckt man als Unternehmen eine große Bandbreite an IT-Dienstleistungen für öffentliche Institutionen ab, wird der Wandel ein stetiger Prozess sein. Zentral für den Erfolg des ITDZ Berlin sind, neben der Wandlungsfähigkeit des eigenen Unternehmens, daher kompetente und spezialisierte Wirtschaftspartner, die eigene Kompetenzen ergänzen. Die Kooperation des ITDZ Berlin mit Wirtschaft und Wissenschaft bilden dabei die Grundpfeiler für eine erfolgreiche Weiterentwicklung.



**Konrad Kandziora**

Dipl. Ing.  
Vorstand  
IT-Dienstleistungszentrum Berlin

[Konrad.Kandziora@itdz-berlin.de](mailto:Konrad.Kandziora@itdz-berlin.de)



Rettung in Sicht:  
Unsere Lösung  
für Ihre  
Datenflut.



Leistungsstark.  
Intelligent.



## Der flexible Datensafe: Fujitsu ETERNUS DX Disk Storage Systeme

Vertrauliche Informationen sind oft von erheblichem Wert – und die Basis für das Erreichen wichtiger Unternehmensziele. Doch wer in dieser Datenflut nicht versinken möchte, braucht leistungsstarke Unterstützung für nachhaltigen Auftrieb. Hoch belastbar, laufend verfügbar und unglaublich flexibel. Eine sichere Lösung, die sich in jede IT-Infrastruktur nahtlos einfügt und bei steigendem Datenvolumen einfach mitwächst: Mit ETERNUS DX80 S2 und DX90 S2 mit Intel® Xeon® Prozessor bietet Fujitsu die ideale Speicherlösung für kleine und mittelständische Unternehmen. Beide Varianten verbinden höchste Flexibilität bei einfacher Bedienung und ökologischer Effizienz.

- Die ideale Speicherlösung für kleine und mittelständische Unternehmen
- Maximale Datenverfügbarkeit, Sicherheit und Performance
- Vereinfachter Betrieb mit ETERNUS SF / SF Express



ETERNUS DX80 S2

Wenn Sie mehr über Fujitsu ETERNUS DX80 S2 oder DX90 S2 erfahren möchten, wenden Sie sich bitte direkt an Ihren Fujitsu Außendienstmitarbeiter, Fujitsu Business Partner oder besuchen Sie unsere Website:

[de.fujitsu.com/eternus](http://de.fujitsu.com/eternus)

Intel, das Intel Logo, Xeon, und Xeon Inside sind Marken der Intel Corporation in den USA und anderen Ländern.

Veröffentlicht von Fujitsu Technology Solutions GmbH, © Copyright 2011 Fujitsu Technology Solutions  
Fujitsu, das Fujitsu Logo sind Marken der Fujitsu Limited in Japan und anderen Ländern. Die in diesem Dokument wiedergegebenen Bezeichnungen können Marken sein, deren Benutzung durch Dritte für eigene Zwecke die Rechte der Inhaber verletzen kann. Alle Rechte vorbehalten, insbesondere für Patente, Gebrauchsmuster und Geschmacksmuster. Liefermöglichkeiten, Irrtümer und technische Änderungen vorbehalten.

shaping tomorrow with you

**FUJITSU**

# Mit der E-Poststelle Postein- und -ausgänge effizient digital verwalten.

## Andreas Werner

Die PDV-Systeme stellt im Rahmen einer Partnerschaftsvereinbarung mit der Deutschen Post AG die elektronische Poststelle als Kooperationssoftware bereit und unterstützt neben anderen Kanälen den E-Postbrief der Deutschen Post AG. Mithilfe des Hybridansatzes des E-Postbriefes können ausgehende Schriftstücke an die Deutsche Post übergeben, nachfolgend ausgedruckt und zugestellt werden. Der Mehrwert liegt im Wegfall von Registratur-, Druck-, und Versandaufgaben.

### Postein- und -ausgangsbücher zur Registrierung

Wohl jeder kennt das Problem und auch die heute noch oft gängige Praxis: Wenn man nach dem Verbleib eines eingehenden Schriftstücks forscht, beginnt man oft beim Posteingang. Hier werden im klassischen Posteingangsbuch die eingehenden Schriftstücke mit ihrem Betreff sowie dem Eingangsdatum vermerkt. Des Weiteren wird erfasst, an wen das Schriftstück weitergeleitet wird. Eine identische Registrierung erfolgt im Bereich des ausgehenden Schriftverkehrs im Postausgangsbuch. Hier weist die Behörde den Versand (d.h. die Übergabe an den Postdienstleister) nach.

Im Rahmen der zunehmenden Digitalisierung des Schriftverkehrs werden die Postein- und -ausgangsbücher in der Regel nicht mehr manuell geführt, sondern durch Postregistratursysteme ersetzt. Am besten gelingt eine durchgängige Registrierung und Ablaufverfolgung durch integrierte Systeme, d.h. neben der Registratur der Postein- und -ausgänge wird das Schriftgut in einem zentralen DMS gehalten. Das ist jedoch aufgrund der Vielzahl von beteiligten Organisationseinheiten und der Vielzahl bestehender Fachverfahren nicht immer gegeben.

Ungeachtet dessen, wie die Registrierung der eingehenden und ausgehenden Post erfolgt, bestehen in jedem Falle immer dieselben Anforderungen: Jedes eingehende und ausgehende Schriftstück soll erfasst werden und zwar unabhängig von der Art des gewählten Kommunikationskanals. Bei einem herkömmlichen Ansatz (analog oder digital geführtes Postbuch) werden zumindest die in Papierform eingehenden und ausgehenden Poststücke komplett erfasst. Aber auch die Registrierung und Weiterleitung der auf anderen Kommunikationskanälen ein- und ausgehenden Schriftstücke gewinnt zunehmend an Bedeutung. Gemeint sind hier vor allem Telefax und E-Mail. Im Bereich der vertraulichen und verlässlichen Kommunikation kommen zunehmend elektronische Medien zum Einsatz.



### Erhöhung der Effizienz durch elektronische Kommunikation

Die Arbeit der Mitarbeiter der Poststelle ist oft nicht einfach: Es muss eine Vielzahl von i.d.R. Papierbriefen geöffnet und registriert werden. Neben der Erfassung des Absenders, des Eingangsdatums sowie der Vergabe der Registriernummer muss anschließend anhand des Adressaten und des Dokumenteninhalts entschieden werden, an wen das Dokument innerhalb der Behörde weitergeleitet wird.

Im Zuge der weiten Verbreitung der E-Mail wird mehr und mehr elektronisch kommuniziert. Hierbei wird heute noch häufig direkt der Sachbearbeiter adressiert. Somit ist nicht sichergestellt, dass eine einheitliche Registrierung erfolgt. Des Weiteren ist eine Reaktion auf Ausfälle oder Umstrukturierungen nicht gegeben, wenn eine Direktadressierung erfolgt. Dies kann durch eine Bündelung auch der elektronischen Kommunikation in der Poststelle vermieden werden. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Vorteile der elektronischen Kommunikation nicht verloren gehen. Kontraproduktiv im Sinne einer schnellen und effizienten Abarbeitung wäre ein Ausdrucken der elektronisch eingehenden Post und eine Verteilung auf herkömmlichen Weg.

Innovative Behörden haben längst erkannt, dass eine elektronische Verteilung der eingehenden Post (z.B. nach vorhergehendem Scannen der eingehenden Papierpost) die Effizienz erheblich steigern kann. Aber auch der hybride Ansatz ist legitim (d.h. die elektronische Weiterleitung der elektronisch eingehenden Post und die herkömmliche Weiterleitung der Papierpost). In jedem Falle macht die zunehmende Digitalisierung vor der Poststelle nicht halt.

### Elektronisch kommunizieren – aber sicher!

Im Schriftverkehr zwischen Behörden und zwischen Bürger und Behörde nimmt die vertrauliche und sichere Kommu-



**INNOVATION.  
EVOLUTION.  
PERFECTION.**

The next generation  
of Magirus vBundle®



**Magirus**

[www.vbundles.com](http://www.vbundles.com)



nikation einen hohen Stellenwert ein. Hierbei soll sichergestellt werden:

- dass die Schriftstücke tatsächlich von dem Absender kommen, der angegeben wurde.
- dass die Post auf dem Kommunikationsweg nicht verändert wurde.
- dass die Post auf dem Kommunikationsweg nicht mitgelesen wurde.
- dass die Post auch tatsächlich angekommen ist.

Im Rahmen der Versendung von Papierpost werden hier durch die Gesetzgebung (Briefgeheimnis) und entsprechende Produkte (z.B. Einschreiben, Einschreiben mit Rückschein) Lösungen angeboten.

Leider bieten normale E-Mails trotz ihrer großen Verbreitung viele der notwendigen Sicherheitsmerkmale nicht – wohl jeder ärgert sich auch immer wieder über die Flut an Spam-Mails. Hier ergibt sich entsprechender Handlungsbedarf auch für den Gesetzgeber, der dies mit der Initiative zum DE-Mail-Gesetz erkannt hat. Neben einer sicheren E-Mail (DE-Mail) existiert eine Vielzahl weiterer Initiativen der Privatwirtschaft und von Behörden, um elektronische Kommunikation sicherer und dennoch beherrschbar zu machen. Hierzu zählen z.B. der E-Postbrief und das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP).

### **Die Deutsche Post – ein leistungsstarkes Logistikunternehmen**

Die Konzernmarken Deutsche Post und DHL verfügen über ein einzigartiges Portfolio rund um Logistik (DHL) und Kommunikation (Deutsche Post). Die Gruppe bietet ihren

Kunden sowohl einfach zu handhabende Standardprodukte als auch maßgeschneiderte, innovative Lösungen – vom Dialogmarketing bis zur industriellen Versorgungskette. Der Deutschen Post ist der Weg vom defizitären Staatsunternehmen zum Weltmarktführer in der Logistik gelungen.

Vision der Deutschen Post DHL ist es, *die* Post für Deutschland zu bleiben und *der* Logistikdienstleister der Welt zu werden. Nach der aggressiven Expansionsphase der vergangenen Jahre wird das Unternehmen nun so ausgerichtet, dass alle vorhandenen Kräfte zur Steigerung des organischen Wachstums freigesetzt werden können. Ziel des Konzerns ist es nicht, den Konzern neu zu erfinden, sondern mehr aus dem zu machen, was man hat.

Für den Unternehmensbereich BRIEF bedeutet dies, das Geschäft an sinkende Mengen und zunehmende Digitalisierung anzupassen. Hierzu wird der Unternehmensbereich BRIEF sein Kerngeschäft unter Beibehaltung des hohen Qualitätsniveaus für die deutschen Kunden neu ausrichten. Dabei wird das Unternehmen vor allem Lösungen zur Verknüpfung physischer und digitaler Lösungen im Dialogmarketing vorantreiben, aber auch den Onlinebrief zur sicheren elektronischen Kommunikation sowie integrierte Versender- und Empfängerservices im Bereich Paket Deutschland einführen. In diese Bereiche soll in den kommenden Jahren verstärkt investiert werden, wobei auch Kooperationen denkbar sind. So soll die Alleinstellung als integrierter Dienstleister für sichere und zuverlässige Kommunikation gestärkt werden.

Ein wesentlicher Meilenstein hierbei ist die Bereitstellung des E-Postbriefs. Hierbei handelt es sich um die konsequente Übertragung des bekannten Papierbriefs in das Internet. Es

## **»Innovative Behörden haben längst erkannt, dass eine elektronische Verteilung der eingehenden Post die Effizienz erheblich steigern kann.«**

werden dabei die Wertversprechen einer verbindlichen, vertraulichen und verlässlichen Kommunikation erfüllt. Basis des E-Postbriefs ist das E-Postbriefportal, auf dem sich Bürger und Unternehmen sicher registrieren und sicher elektronische Post versenden können. Durch Mehrwertdienste werden die aus der analogen Welt bekannten Erweiterungen wie Einschreiben und Einschreiben mit Versende-/Empfangsbestätigung angeboten.

### **Die elektronische Poststelle**

Die PDV-Systeme GmbH hat gemeinsam mit der Deutschen Post AG das Konzept der elektronischen Poststelle entwickelt. Die elektronische Poststelle bündelt den gesamten eingehenden und ausgehenden elektronischen Schriftverkehr einer Behörde oder eines Unternehmens und leitet eingehende und ausgehende Nachrichten über den gewählten Kommunikationskanal an den jeweiligen Adressaten weiter. Die elektronische Poststelle wird durch PDV-Systeme als Kooperationssoftware im Rahmen einer Partnerschaftvereinbarung mit der Deutschen Post AG bereitgestellt und unterstützt neben anderen Kanälen den E-Postbrief der Deutschen Post AG. Mithilfe des Hybridansatzes des E-Postbriefs können ausgehende Schriftstücke an die Deutsche Post übergeben und nachfolgend ausgedruckt und zugestellt werden. Hier entsteht in den Projekten ein sofortiger Mehrwert durch Wegfall von Registratur-, Druck-, und Versandaufgaben. Dokumente können sofort aus den Fachverfahren sicher zum Versand übergeben werden.

Zur Weiterleitung und Entgegennahme elektronischen Schriftguts innerhalb von Behörden und Unternehmen ste-

hen Schnittstellen zur Verfügung. So können Fachverfahren Dokumente über eine Dateischnittstelle direkt an die elektronische Poststelle übergeben. Des Weiteren besteht auch die Möglichkeit, ausgehende Dokumente im Dokumentenmanagementsystem VISkompakt zu erstellen und von dort an die elektronische Poststelle zu übergeben. Auch für eingehende Nachrichten kann Vollständigkeit erreicht werden. Neben der Übernahme elektronischer Nachrichten, die per E-Postbrief, E-Mail, EGVP oder anderer Kommunikationskanäle eintreffen, besteht eine Schnittstelle zu Scanverfahren, sodass mit einer frühen Digitalisierung eine effektive Bearbeitung im Unternehmen und in Behörden sichergestellt wird.

Die E-Poststelle wurde in den letzten Monaten entwickelt und bei den ersten Kunden erfolgreich eingesetzt. Lesen Sie dazu den Beitrag „Pilotierung einer E-Poststelle mit Anbindung an den E-Postbrief“ von Christin Enzmann in diesem Heft.



**Andreas Werner**

Prokurist  
Team Leader Productmanagement

[Andreas.Werner@pdv.de](mailto:Andreas.Werner@pdv.de)



# Pilotierung einer E-Poststelle mit Anbindung an den E-Postbrief.

## Christin Enzmann

In einem Gemeinschaftsprojekt zwischen der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA), der PDV-Systeme GmbH, der Deutschen Post AG (DPAG) und den zwei sächsischen Pilotkommunen Landkreis Vogtlandkreis und Landkreis Leipzig wurde im Zeitraum August 2011 bis Januar 2012 die pilotierende Einführung einer E-Poststelle mit Anbindung an den E-Postbrief umgesetzt.

### Medienbruchfreies Zusammenspiel zwischen E-Poststelle und VISkompakt als Anforderung

Die beiden sächsischen Pilotkommunen setzen VISkompakt als Dokumentenmanagement- und Vorgangsbearbeitungssystem (DMS und VBS) ein und definierten das medienbruchfreie Zusammenspiel zwischen der E-Poststelle und VISkompakt als grundlegende Anforderung. Da die elektronische Schriftgutverwaltung verschiedenste Schnittpunkte zu allen Bereichen einer Kommunalverwaltung aufweist, wird diese als „Herzstück“ der eingesetzten Softwarelösungen charakterisiert: Einige Bereiche der Verwaltungen arbeiten vordergründig mit VISkompakt, andere Bereiche arbeiten in der Hauptsache im jeweiligen Fachverfahren und nutzen das System als „sich nebenbei befüllendes“ Dokumentenarchiv.

Gemeinsamkeit ist trotz der unterschiedlichen Arbeitsweise stets die Anforderung, dass alle aktenrelevanten Dokumente sowie die zugehörigen Metadaten ohne bzw. mit geringem Aufwand in der elektronischen Schriftgutverwaltung zusammenfließen. In diesem Zusammenhang spielt die Anbindung einer medienbruchfreien und automatisierten Postein- und -ausgangsbearbeitung für die Optimierung von Geschäftsprozessen eine wesentliche Rolle. Hinzu kommt der Wunsch, für die Bürger den Zugang zu innovativen Lösungen, wie dem E-Postbrief, neben den bisherigen Kommunikationskanälen zusätzlich anbieten zu können.

### PDV-Systeme hat E-Poststelle entwickelt



Für das optimale Zusammenspiel zwischen VISkompakt und den technischen Komponenten des E-Postbriefes wurde durch die PDV-Systeme GmbH eine E-Poststelle entwickelt. Diese wurde im Pro-

jekt zentral zur Nutzung durch beide Pilotkommunen aufgebaut. Neben der technischen Anbindung übernimmt die E-Poststelle Funktionen wie die Registrierung der Postein- und -ausgänge sowie die Weiterleitung der Posteingänge an die gewünschte Stelle in VISkompakt bzw. die Weiterleitung der Postausgänge an die jeweiligen Empfänger.

### Entscheidung zugunsten der hybriden Verarbeitung

Da gegenwärtig die Mehrzahl der Bürger noch keinen E-Postbrief-Account besitzen, fiel die Entscheidung zugunsten der hybriden Bearbeitung. Bei Ausgangspost wird somit unterschieden, ob diese elektronisch versandt oder an ein Druckzentrum zur Ausfertigung als herkömmlicher Brief übergeben wird. Elektronisch eingehende Post wird medienbruchfrei weiterverarbeitet, Papierdokumente werden gescannt und im Anschluss ebenfalls durchgängig elektronisch bearbeitet.

### Anwendungsszenarien für Pilotkommunen definiert

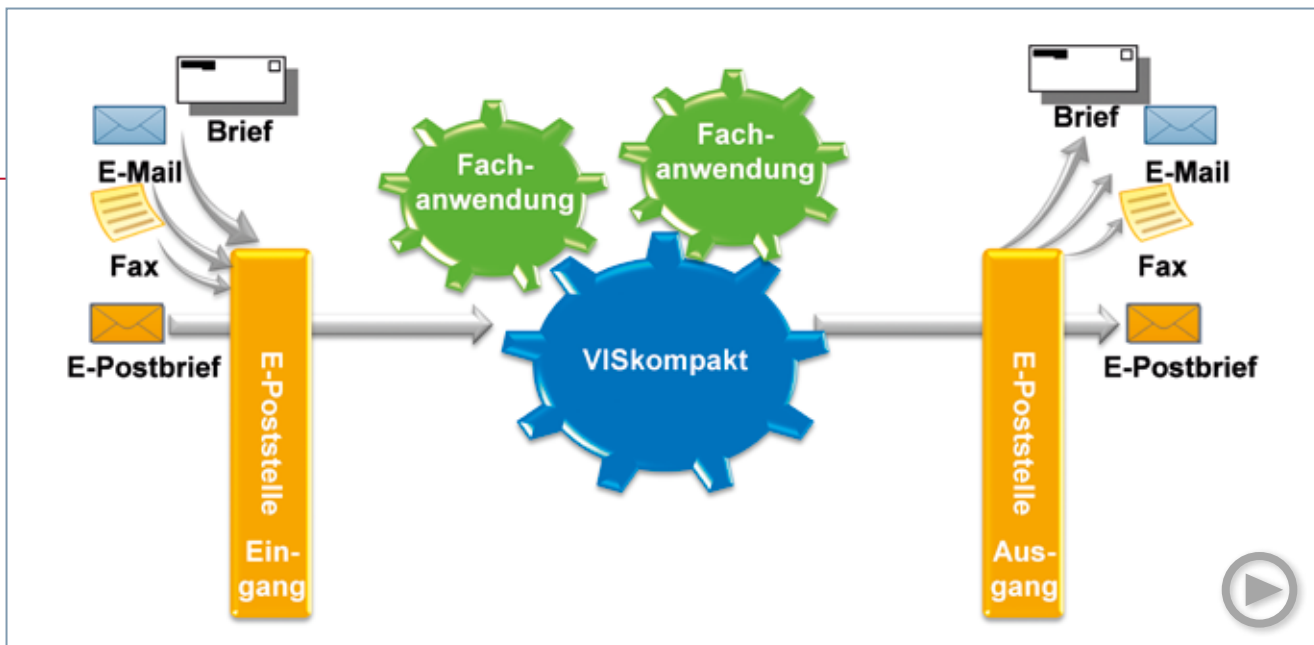
Für das Pilotprojekt wurde die Umsetzung der Anwendungsszenarien Gewerbe (Landkreis Leipzig), Ordnungswidrigkeiten (Landkreis Vogtlandkreis) sowie Wohngeld (beide Pilotkommunen) definiert.

Dabei ist vorgesehen, dass alle ein- und ausgehenden Dokumente über die zentral im Rechenzentrum von KISA betriebene E-Poststelle gesteuert werden. Sowohl die einzelnen Fachanwendungen wie auch VISkompakt sind an die E-Poststelle angebunden.

Eingehende Dokumente werden über die E-Poststelle in VISkompakt eingepflegt, ausgehende Dokumente können wahlweise von den jeweiligen Fachverfahren sowie von VISkompakt an die E-Poststelle übergeben werden. Die direkte Übergabe aus dem Fachverfahren an die E-Poststelle empfiehlt sich aus Gründen der schnellen Weiterverarbeitung bei Massenverfahren. Hierbei werden die Ausgangsdokumente und Metadaten jedoch zusätzlich zur Vervollständigung der elektronischen Akte und damit Recherchierbarkeit und Nachweisbarkeit an VISkompakt übergeben und an der richtigen Stelle abgelegt.

Um den Dokumenten- bzw. Informationsaustausch so sicher wie möglich zu gestalten, sind alle Komponenten in das sichere Datennetz der sächsischen Kommunalverwaltungen integriert, das „Kommunale Datennetz (KDN)“





Anbindung der E-Poststelle an VISkompakt Grafik: KISA

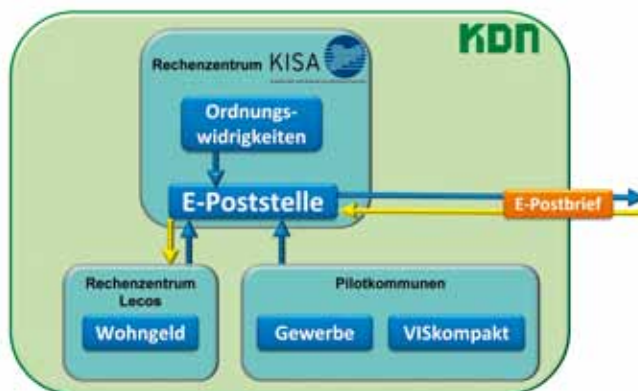
### Nutzen: Besserer Service und Prozessoptimierung

Der Nutzen aus der Umsetzung des Pilotprojektes ergibt sich aus der Erweiterung von Bürgerserviceleistungen und der Optimierung von Geschäftsprozessen. Die Pilotkommunen möchten den Bürgern neben den bekannten Kommunikationskanälen auch eine Kommunikation über das innovative Medium „E-Postbrief“ ermöglichen und damit unter anderem mehr zeitliche und räumliche Flexibilität ermöglichen. Außerdem werden durch automatisierte Arbeitsschritte und die Möglichkeit einer medienbruchfreien Bearbeitung die Geschäftsprozesse optimiert und damit die Möglichkeit der Einsparung von Kosten erreicht. Beispielsweise entfallen bisher notwendige, manuell ausgeführte, Registrierungsarbeiten von Postein- und -ausgängen mit Umsetzung der Lösung vollständig.

### Präsentation der Erfahrungen auf der CeBIT

Seit Februar 2012 ist die Pilotierung der im Projekt umgesetzten Lösung bei den Pilotkommunen gestartet, diese ist gegenwärtig bis Ende 2013 vorgesehen. Während der Pilotierungsphase steht die Evaluierung der Projektergebnisse im Vordergrund. Insbesondere sollen aus der täglichen Praxis Informationen zu Nutzerzahlen und positiven Effekten hinsichtlich der Optimierung der Geschäftsprozesse bei der Bearbeitung der Anwendungsszenarien zusammengestellt und analysiert werden.

Bei einer aus der ersten Pilotierungsphase gegenwärtig bereits abzusehenden positiven Beurteilung wird die Aufnahme der Lösung als Serviceleistung in das Portfolio von KISA angestrebt.



Zusammenspiel der IT-Komponenten im Pilotprojekt Grafik: KISA

Eine ausführliche Präsentation der Projektergebnisse sowie Erfahrungen bei der Projektumsetzung wird an den Ständen der PDV-Systeme GmbH sowie der DPAG und bei Vorträgen auf der CeBIT 2012 erfolgen.



**Christin Enzmann**

---

Projektleiterin  
Kompetenz-Center eGovernment

KISA – Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen  
Geschäftsstelle Limbach-Oberfrohna

christin.enzmann  
@kisa.it



# Fünf Gründe sprechen für EMC-ISILON-Scale-out-NAS-Lösungen.

## Christopher Benecke

Jeden Tag müssen IT-Entscheider abwägen und entscheiden, welche Daten wann und wie schnell zur Verfügung gestellt werden müssen. Anwender und Applikationen setzen hierbei teilweise unterschiedlich schnelle Zugriffszeiten voraus. Gleichzeitig gilt es, die Kosten für die Datenspeicherung wirtschaftlich zu halten.

Mit den ISILON-Scale-out-NAS-Lösungen bietet EMC eine Speicherlösung, die eine Brücke zwischen leistungsstarken, jedoch teurem Storage auf der einen Seite und kostengünstigen, meistens aufwendigen zu verwaltendem Offline-Speicher an.

Fünf Gründe sprechen für den Einsatz von EMC-ISILON-Scale-out-NAS-Lösungen:

### 1. Einfache Handhabung

Gebraucht wird ein günstiges Speichersystem, das schnell installiert ist und sich leicht warten und erweitern lässt. ISILONs nutzerfreundliches Scale-out NAS senkt die Betriebskosten deutlich, denn zusätzlicher Storage bedeutet bei ISILONs Scale-out NAS keinen zusätzlichen administrativen Aufwand. Petabyte-große Datensätze können von einer einzigen Person verwaltet werden. Dadurch werden die Betriebskosten minimiert und die Mitarbeiter konzentrieren sich auf das, worauf es ankommt – nämlich auf die Verwaltung der Daten und nicht des Storage.

### 2. Skalierbarkeit

Zukünftige Storage- und Kapazitätsanforderungen sind kaum vorhersehbar. Mit ISILONs-Scale-out-NAS-Lösungen können daher Leistung und Kapazität im richtigen Verhältnis skaliert werden, ohne dafür laufende Anwendungen unterbrechen zu müssen – egal auf welchen Zugriffsmustern oder Inhalten das Unternehmen basiert. ISILON Speichersysteme können mit einem einzigen Filesystem Kapazitäten von 20 Terabyte bis über 15 Petabyte und die Leistung auf bis zu 85GB pro Sekunde skalieren.

### 3. Effizienz

EMC ISILON Storage-Systeme erhöhen die Produktivität von für den Betrieb entscheidenden Anwendungen, Workflows und Prozessen. Sie verkürzen Einführungszeiten und geben so Raum, neuen Geschäftsmöglichkeiten nachzugehen. EMCs marktführende Storage-Lösungen bieten mehr als 80 Prozent Storage-Auslastung der betriebskritischen



ISILON X200-  
faceright-3node

Anwendungen. Durch Nutzung unseres marktführenden, nutzerfreundlichen und einzigartigen „Pay-as-you-grow“-Modells können Betriebskosten gesenkt und Ausgaben direkt an das entsprechende Wachstum des Datenvolumens angepasst werden.

### 4. Verfügbarkeit

EMC ISILON bietet das höchste Maß an „End-to-End“ Datenschutz auf dem Markt. Mit einem bis zu „n + 4“ Ausfallschutz gewährleistet Isilon den hundertprozentigen Datenzugriff, selbst wenn bis zu 4 Knoten oder Platten zur selben Zeit ausfallen sollten. Die automatische Datenreplikation auf Remote-Sites kann ohne Beeinträchtigung für andere Netzwerkressourcen durchgeführt werden.

### 5. EMC ISILON steht für Erfolg

EMC hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Hürde zwischen Unternehmen und ihren Daten abzubauen. Daher haben wir als wirkungsvolle, aber einfach zu nutzende Grundlage für effektive Daten- und Anwendungsverwaltung unsere Scale-out Storage-Plattform entwickelt. Auch wenn ein Speichersystem an sich ein Business nicht antreibt, kann der richtige Storage Kosten und Aufwand derart minimieren, dass Innovation und Wachstum gefördert und Wettbewerbsvorteile erzielt werden. Weltweit vertrauen mehr als 1.600 führende Unternehmen auf EMC-ISILON-Scale-out-NAS-Lösungen.



Christopher Benecke

Leiter Channel Development  
Magirus Deutschland GmbH

[christopher.benecke@magirus.com](mailto:christopher.benecke@magirus.com)



# Erfolgreiche Premiere – PraxisForum E-Government in Berlin.

## Michael Walter

Das erste E-Government-Praxisforum der GISA GmbH ist außerordentlich erfolgreich zu Ende gegangen. Die Veranstaltung, die im Oktober 2011 durchgeführt wurde, war mit rund 80 Teilnehmern vor allem aus Öffentlichen Verwaltungen in Ostdeutschland überaus gut besucht.

### Erfahrungsaustausch zwischen Verwaltungsfachleuten

Stephan Drescher, Geschäftsführer der GISA sagte: „Die Resonanz hat unsere besten Erwartungen übertroffen. Ein guter Start für die Strategie der GISA, sich künftig noch stärker als Experte für öffentliche Auftraggeber zu etablieren.“ Bei dem Praxisforum konnten sich die Teilnehmer über neueste Trends zur Thematik Verwaltungsmodernisierung mithilfe von Informationstechnologien informieren. Schwerpunkt der Veranstaltung war der Erfahrungsaustausch zwischen den Verwaltungsfachleuten. Unternehmen waren ausdrücklich nicht zur Teilnahme am Praxisforum eingeladen.

### Abwechslungsreiches Programm

Eröffnet wurde das Praxisforum vom sächsischen CIO, dem Staatssekretär im Ministerium der Justiz und für Europa, Dr. Wilfried Bernhardt. Der anerkannte Experte für den Einsatz von Informationstechnologien in der Justiz und Verwaltung verantwortet im Freistaat Sachsen u.a. die Themen Verwaltungsmodernisierung, Informationstechnologie und Bürokratieabbau.

Den Auftakt der Fachveranstaltung setzte der unkonventionell-spannende Vortrag von Prof. Dr. Rainer Thome, Dozent am Lehrstuhl für BWL und Wirtschaftsinformatik der Universität Würzburg, zum Thema „Verwaltungsmodernisierung im Kontext klammer Kassen“. Auf unterhaltsame Weise zeigte er den Teilnehmern den Zusammenhang zwischen staatlichen Sparbemühungen und Investitionsnotwendigkeit auf.

Im Anschluss daran referierten Vertreter der Länder Berlin und Sachsen zu den Themen IT-gestützte Vorgangsbearbeitung, E-Akte und DMS-basierte Fachverfahren. Sie gewährten praxisnah Einblick in die Projektrealisierung und berichteten über Erfahrungen und Herausforderungen bei der praktischen Anwendbarkeit.

Am Nachmittag teilte sich das Vortragsprogramm in zwei Fachforen. Beiträge zu aktuellen Themen wie E-Akte auf



Vortrag von Prof. Dr. Rainer Thome auf dem Praxisforum

Tablet-PCs, E-Ausschreibung und E-Vergabe, IT-Compliance sowie praxiserprobte Open-Source-Lösungen standen dabei im Mittelpunkt – präsentiert von ausgewählten GISA-Partnern. Abschließend wurden im Rahmen der Podiumsdiskussion die Themen aus den Praxis- und Fachforen noch einmal aufgegriffen und gemeinsam im Plenum angeregt diskutiert.

Eine spannende Besichtigungstour auf die Großbaustelle des Berliner Flughafens rundete das Programm des Tages ab. Beim anschließenden Networking konnte der Erfahrungsaustausch untereinander in angenehmer Atmosphäre ungestört fortgesetzt werden.

### Fortsetzung geplant

Das Praxisforum E-Government wird nach diesem so erfolgreichen Auftakt selbstverständlich fortgeführt. Derzeit ist geplant, ein Forum in dieser Größe alle zwei Jahre durchzuführen. Fortlaufend wird die GISA Fachforen in Form des bewährten Business-Frühstücks anbieten.



Michael Walter

Senior Manager eGovernment  
Geschäftsentwicklung öffentliche  
Auftraggeber · GISA GmbH

michael.walter@gisa.de



# Flexibles Datenmanagement mit Fujitsu ETERNUS DX.

## Wolfgang Schenk

ETERNUS DX ist eine komplette Storage-Familie, keine Patchwork-Familie. Fujitsu entwickelt ETERNUS DX ausschließlich mit eigenen Experten, die intensiv maximale Interoperabilität und nahtlose Integration innovativer Funktionen sicher stellen.

Kunden profitieren zum Beispiel dadurch, dass die Produkte modellübergreifend über kompatible Komponenten und Funktionen verfügen und alle Modelle die gleiche Systemmanagement-Software nutzen.

### Nahtlose Produktfamilie

Man kann die Modelle aufgrund ihrer exzellenten Skalierbarkeit einfach erweitern und ebenso einfach von Modell zu Modell wachsen. Ebenso wichtig ist, dass beispielsweise Datenreplikationen und -kopien zwischen verschiedenen Modellen möglich sind – Vorteile, die den Weg zu flexiblen, zentralen und dezentralen Datenmanagement-, Daten-schutz- und Disaster Recovery-Konzepten freimachen.

### Flexible Architektur

Die Systemarchitektur der ETERNUS-DX-Produktfamilie bietet vielfältige Alternativen für die Konfiguration und Rekonfiguration. In einem System lassen sich verschiedene Festplattentypen (SAS, Nearline SAS, SSD) mischen. Es werden unterschiedliche Netzwerkanbindungen (FC, iSCSI, SAS, FCOE) angeboten, die vor Ort einfach getauscht werden können. Für die Aufrüstung zu einem größeren ETERNUS-DX-System ist lediglich der Tausch des System Controllers erforderlich. Festplatten mit Daten oder komplette Festplatteneinschübe werden weiterhin verwendet. Das garantiert einen optimalen Investitionsschutz.

### Performance by Design

Je mehr leistungshungrige Applikationen auf einem System konsolidiert werden, umso wichtiger ist, dass es auch bei wachsender Last genügend Performance-Spielraum bietet. Die ETERNUS-DX-Produktfamilie ist mit ihrer leistungs-optimierten Architektur und dem schlanken, schnellen Betriebssystem darauf vorbereitet. Das macht ETERNUS DX zur ersten Wahl für Anwendungsszenarien mit sehr hohen I/O-Anforderungen. Dafür sorgen große Caches und schnellste Hostanbindungen. Die Systeme unterstützen große Datenbanken und OLTP-Applikationen mit hohen Leistungsanforderungen an die Antwortzeit des Speichersystems. Kunden schätzen diese Stärken im Rechenzen-



trumsalltag. Die ETERNUS-DX-Speicherlösungen stehen selbst bei Vollast für stabil kurze Antwortzeiten. Diese Performancevorteile werden durch regelmäßige Siege bei Performance Benchmarks untermauert.

### Speicherkonsolidierung

Wenn die Festplatten in Ihren Servern beseitigt oder die Anzahl Ihrer Speichersysteme verringert werden sollen, benötigen Sie ein Speichersystem, das die hohen Anforderungen verschiedener Server oder Serverfarmen mit diversen Betriebssystemen bewältigt. Ein ETERNUS-DX-Speichersystem hilft hierbei u.a. durch hohe Verfügbarkeit, Sicherstellung der Datenintegrität, Verschlüsselung, herausragende Performance, exzellente Konnektivität und Skalierbarkeit.

### Das Datenwachstum managen

Wenn Kapazitätsreserven ohne hohe Vorinvestitionen und mit maximalem Investitionsschutz benötigt werden, ist die sehr gut skalierbare, kostengünstige und schnell migrierbare ETERNUS- DX-Produktfamilie die richtige Lösung. Marktführende Maximalkapazitäten, hohe Performancereserven und einfache Migration auf größere Modelle mitsamt Daten helfen, Erstinvestitionen zu minimieren und kostengünstig zu wachsen, wenn es notwendig wird.

## Servervirtualisierung

Ist eine Konsolidierung der Serverlandschaft geplant und sollen die Serverressourcen mithilfe von Virtualisierung flexibler genutzt werden, ist ein Speichersystem erforderlich, das den dadurch steigenden Performance- und Kapazitätsbedarf managen kann. ETERNUS DX unterstützt hierbei u.a. durch die ausgezeichnete Integration in Werkzeuge für das Management von Virtualisierung. Beispielsweise ermöglicht das VAAI (vStorage APIs for Array Integration)-Plugin, VMware vSphere Speicheroperationen auf die ETERNUS DX auszulagern. Dadurch verbessert sich die Performance von VMware-Umgebungen enorm. Ergänzend sind die Stärken der ETERNUS DX, wie die herausragende Performance, hohe Systemverfügbarkeit, Datenintegrität oder multidimensionale Skalierbarkeit, zu nennen.

## Disaster Recovery

Um den Ausfall der Infrastruktur zu vermeiden und im Falle eines Falles den Betrieb wieder schnell aufnehmen zu können, hilft ein System, das ein flexibles, automatisches Kopieren und Replizieren von Daten realisiert. ETERNUS-DX-Speicherlösungen bieten fein justierbare Optionen für die Datenreplikation wie Snapshots, Klonen und Spiegelung. Dadurch wird die Wiederherstellung der Daten im Katastrophenfall auf wenige Minuten verkürzt. Remote-Kopien, auf mehrere Standorte verteilt, ermöglichen die Umsetzung flexibler Disaster Recovery-Lösungen. Da die ETERNUS-DX-Systeme auch für den VMware Site Recovery Manager zertifiziert sind, werden virtuelle Umgebungen automatisch wiederhergestellt sowie etwaige menschliche Fehler bei der Durchführung dieser komplexen Aufgabe ausgeschlossen.

## Sicheres Datenmanagement

Die ETERNUS-DX-Produktfamilie bietet bereits mit den Entry-Systemen das Design und die Funktionalität, wie sie normalerweise nur wesentlich größere Systeme bieten. Alle wichtigen Komponenten der Systeme sind redundant ausgelegt, im laufenden Betrieb austauschbar und selbst Upgrades sind im laufenden Betrieb möglich. Funktionen, mit denen ETERNUS DX für ein sicheres Datenmanagement sorgt, sind beispielsweise:

Cache Protector schützt die Daten im RAID Controller Cache gegen Verlust bei plötzlichem Stromausfall. Die Daten werden in einen nichtflüchtigen Flashspeicher geschrieben und darin unabhängig von der Dauer des Stromausfalls sicher aufbewahrt. Der Cache Protector beschleunigt zudem das Wiederanlaufen des Systems zur vollen Leistung.

Redundant Copy löst das Problem langsamer Wiederherstellungszeiten innerhalb einer RAID-Gruppe, die durch steigende Kapazität der Festplattenlaufwerke verursacht wird. Festplattenlaufwerke werden hierbei mit den Parity-Informationen der RAID-Gruppe automatisch wieder neu aufgebaut, sobald erste Anzeichen von Fehlern auftreten. Redundant Copy minimiert damit die Risiken von Datenverlusten drastisch.

RAID-Migration vereinfacht das Management von Speicherklassen durch die dynamische Datenübertragung von LUN zu LUN während des laufenden Betriebs. Das Umlagern von Daten auf schnelle oder kostengünstige Laufwerke, um Bedarfsschwankungen abzudecken, wird durch RAID Migration einfach und sicher.

Datenverschlüsselung mit ETERNUS DX schützt vertrauliche Daten vor unautorisierten Zugriffen sicher und kosteneffizient. Die Datenverschlüsselung kann auf LUN-Ebene verwaltet werden. ETERNUS DX unterstützt 128-bit AES-Verschlüsselung. Alternativ steht die Verschlüsselungstechnologie von Fujitsu zur Verfügung, welche weniger Systemressourcen beansprucht und den Einfluss auf die gesamte Systemperformance minimiert.

Data Block Guard: Je größer die gespeicherte Datenmenge wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit der Beschädigung von Daten durch Schreib- oder Lesefehler. Um dies zu verhindern, bietet ETERNUS DX mit Data Block Guard eine systeminterne Kontrollinstanz. Data Block Guard fügt hierbei den Daten einen Prüfcode hinzu, bevor sie in den Cache oder auf Festplatten geschrieben werden. Das System kann nun anhand des Prüfcodes feststellen, ob die Daten unverändert sind. Sobald Daten aus dem System gelesen werden, entfernt ETERNUS DX den Prüfcode wieder.



**Wolfgang Schenk**

Senior Consultant  
Fujitsu Technology Solutions GmbH

[Wolfgang.Schenk@ts.fujitsu.com](mailto:Wolfgang.Schenk@ts.fujitsu.com)



# Kleinsten magnetischen Datenspeicher der Welt konstruiert.

Forscher vom Computerkonzern IBM und dem Hamburger Center for Free-Electron Laser Science (CFEL) haben den kleinsten magnetischen Datenspeicher der Welt konstruiert.

Das CFEL ist eine Kooperation des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY, der Max-Planck-Gesellschaft und der Universität Hamburg. Es beschäftigt sich mit der Forschung an sogenannten Freie-Elektronen-Lasern (FEL). Diese neuartigen Lichtquellen auf der Basis von linearen Teilchenbeschleunigern ermöglichen, die Natur auf der Skala einzelner Moleküle und Atome live zu beobachten.

Unter dem Dach des CFEL treffen sich führende Forscher verschiedener Disziplinen, um gemeinsam an übergreifenden Themen zu arbeiten. Die gegenwärtig über 140 CFEL-Mitarbeiter bilden dabei fünf Divisionen und zwei sogenannte Advanced Study Groups.

## 12 Atome für ein Bit

Die Wissenschaftler benötigen lediglich 12 Atome, um ein Bit zu speichern, die Grundeinheit der Information. Ein Byte (8 Bit) quetschen sie auf diese Weise in 96 Atome. Zum Vergleich: Moderne Festplatten nutzen mindestens eine halbe Milliarde Atome für ein Byte. Die Gruppe um IBM-Forscher Dr. Andreas Heinrich und CFEL-Forscher Dr. Sebastian Loth stellten ihre Entwicklung im Januar 2012 im Fachjournal „Science“ vor. Mit dem CFEL haben die Partner auf dem DESY-Campus eine Innovationsschmiede geschaffen, die interdisziplinäre Spitzenforschung in einem breiten Spektrum wissenschaftlicher Disziplinen bietet.

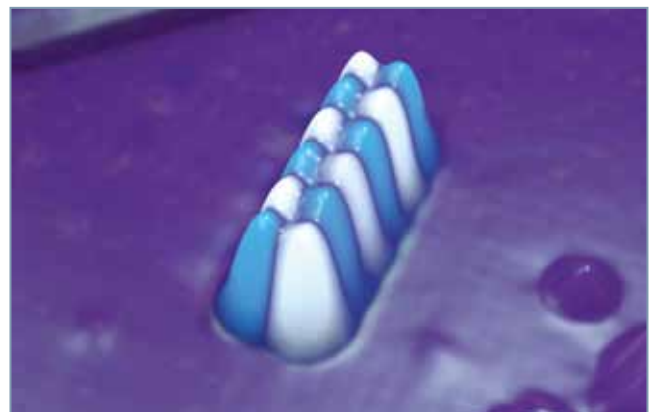
## Rastertunnelmikroskop zum Auslesen

Für ihren Nanospeicher hatten die Forscher am Almaden-Forschungszentrum des Computerkonzerns IBM in San Jose (Kalifornien) mit einem Rastertunnelmikroskop ein regelmäßiges Muster aus Eisenatomen aufgebaut. Jeweils zwei Ketten aus sechs Atomen speichern dabei ein Bit. Ein Byte (8 Bit) beansprucht 4 mal 16 Nanometer. Das entspricht einer hundert Mal höheren Speicherdichte als auf einer modernen Festplatte.

Beschrieben und ausgelesen wird der Nanospeicher ebenfalls mit dem Rastertunnelmikroskop. Die Blöcke aus zwölf Eisenatomen lassen sich durch elektrischen Strom zwischen zwei Magnetisierungszuständen umschalten. Diese entsprechen den Werten 0 und 1, den beiden möglichen Zuständen eines Bits.



Acht atomare Bits, arrangiert zu einem Byte. Die gespeicherte Binär-Information (01010011) entspricht dem Buchstaben ‚S‘.



Antiferromagnetische Ordnung in einer Anordnung von zwölf Eisenatomen, aufgenommen mit einem Rastertunnelmikroskop.

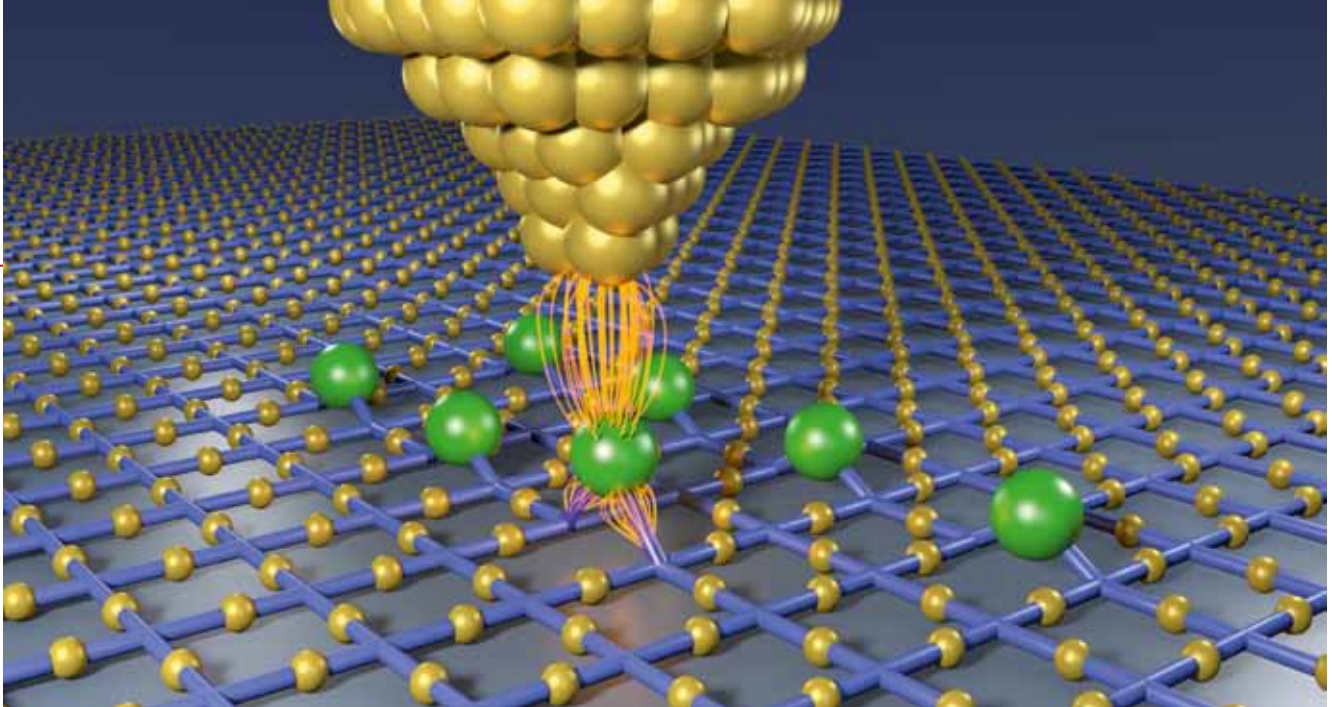
## Praktische Anwendung lässt noch auf sich warten

Allerdings sind die Nanomagnete bislang nur bei ultrakalten Temperaturen von -268 Grad Celsius (5 Kelvin) stabil. Die Arbeit greift der aktuellen Speichertechnologie weit voraus. Die Forscher gehen davon aus, dass eine Ansammlung von maximal 200 Atomen auch bei Raumtemperatur einen stabilen magnetischen Zustand bilden kann.

Doch bis atomare Magnete in der Speichertechnologie Verwendung finden, wird wohl noch einige Zeit vergehen.

## Antiferromagnetismus zum Speichern verwendet

Den Wissenschaftlern ist es erstmals gelungen, eine besondere Form des Magnetismus, den Antiferromagnetismus, zum Speichern von Informationen zu verwenden.



Aufbau eines Nano-Antiferromagneten mit atomarer Präzision. Mit der Spitze eines Rastertunnelmikroskops werden Eisenatome in einem regelmäßigen Muster auf einer Kupfernitrid-Oberfläche platziert.

Anders als beim Ferromagnetismus, den herkömmliche Festplatten benutzen, liegen dabei die Eigendrehimpulse (Spins) benachbarter Atome entgegengesetzt. Dadurch erscheint das Material nach außen magnetisch neutral, und so lassen sich die einzelnen Speicherelemente viel dichter platzieren. Die einzelnen Bits haben nur noch einen Abstand von einem Nanometer.

Angesichts der Miniaturisierung der Elektronik wollten die Wissenschaftler wissen, ob man diese Entwicklung bis an die Grenze einzelner Atome weitertreiben kann.

Statt jedoch vorhandene Bauelemente immer weiter zu verkleinern, wählte die Gruppe den umgekehrten Ansatz: Beginnend mit dem Kleinsten, dem Atom, haben die Wissenschaftler Datenspeicher Atom für Atom aufgebaut. Die Präzision, die dafür nötig ist, beherrschen nur wenige Gruppen auf der Welt.

### Zwölf Atome als Untergrenze

Sebastian Loth, der die Max-Planck-Forschungsgruppe „Dynamik nanoelektrischer Systeme“ am Hamburger CFEL und dem Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung leitet, hat mit seinem Team geprüft, wie groß man mindestens bauen muss, um das Gebiet der klassischen Physik zu erreichen.

Zwölf Atome stellten sich bei den verwendeten Elementen als Untergrenze heraus. Darunter verwischen Quanteneffekte die gespeicherte Information.

Ob und wie sich unter der gezielten Nutzung dieser Quanteneffekte eine noch höhere Informationsdichte erreichen lässt, beschäftigt gegenwärtig einen ganzen Forschungsweig.

### Übergang von der klassischen zur Quantenphysik

Mit ihren Experimenten haben die Wissenschaftler nicht nur den kleinsten magnetischen Datenspeicher der Welt gebaut, sondern auch ein ideales Testsystem für den Übergang von der klassischen zur Quantenphysik geschaffen. Die Gruppe hat gelernt, die Quanteneffekte durch Form und Größe der Eisenreihen gezielt zu beeinflussen. In Zukunft kann diese Fähigkeit genutzt werden, um gezielt zu untersuchen, wie die Quantenmechanik einsetzt. Spannende Themen drängen sich auf: Was unterscheidet einen Quantenmagneten von einem klassischen Magneten? Und wie verhält sich ein Magnet genau an der Grenze zwischen beiden Welten? Diesen Fragen wird Sebastian Loth mit seinem Team künftig in einem neuen Labor am CFEL nachgehen, das hierfür ideale Forschungsbedingungen bietet.

Quelle: Presseabteilung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons DESY

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:



**Dr. Sebastian Loth**

Center for Free-Electron Laser Science (CFEL)

sebastian.loth@mpsd.cfel.de



# Office on the Road: Neues Angebot der PDV-Akademie mit dem Partner GFN.

Die PDV-Akademie erweitert ihr Trainingsprogramm um ein interessantes Office-Angebot. Auf der Grundlage eines Partnervertrages mit der GFN AG, einem der größten Schulungsanbieter für Produkte von Microsoft, können ab sofort zu attraktiven Preisen Kurse zu Microsoft Word, Excel, PowerPoint, Outlook oder Umstiegskurse von Office 2003 auf Office 2010 gebucht werden.

## GFN AG als Partner der PDV-Systeme

Die PDV-Akademie konnte die GFN AG, einen der größten Anbieter von Office-Anwendertrainings in Deutschland, als Partner gewinnen. Die GFN AG verfügt über ein Netz von über 150 Vertragstrainern bundesweit. Damit kann die PDV-Akademie ab sofort professionelle Schulungen zur Microsoft-Office-Familie zu attraktiven Preisen anbieten.

## Office-Schulungen in Ihrem Haus

Die Schulungen finden dort statt, wo Sie es wünschen. Die zertifizierten Trainer kommen zu Ihnen und versprechen schnelle Hilfe bei Einstieg in Office-Produkte, Umstieg auf neue Versionen oder bei individuellen Anwenderschwierigkeiten.

## Office on the Road: preiswert, schnell, professionell

Sie können bei der PDV-Akademie das Spezialangebot „Office on the Road“ der GFN AG buchen. Ein Office-Schulungstag in Ihrer Behörde kostet nur 32,50 Euro pro TeilnehmerIn. Im Tagespreis ist alles enthalten: Trainerhonorare inklusive Reisekosten, Unterlagen für Teilnehmer sowie Blöcke, Stifte und Zertifikate. Sie selbst müssen nur noch die Teilnehmer informieren und einen geeigneten Raum zur Verfügung stellen.

## Rufen Sie uns an!

Bei Interesse rufen Sie uns einfach an. Inhalt, Umfang und Dauer des Kurses wird mit Ihnen individuell abgestimmt. Die Vorteile liegen auf der Hand: Die Kursteilnehmerinnen und Teilnehmer sind in kürzester Zeit fit. Sie sparen Reisekosten und wertvolle Zeit Ihrer Mitarbeiter. Auf Wunsch kann zusätzlich ein „mobiles Klassenzimmer“ mit vorinstallierter Software gebucht werden. Mit über 450 Notebooks, Beamern und Druckern können derzeit bis zu 30 Klassen gleichzeitig ausgestattet werden. In einem Klassensatz sind immer 12 Teilnehmernotebooks, ein Trainernotebook, 2 Ersatznotebooks, ein Beamer, ein Drucker und eine LAN-/WLAN-Vernetzung enthalten.



Mobiles Klassenzimmer der GFN AG



**Thomas Müller**

Vorstand GFN AG

[info@gfn.de](mailto:info@gfn.de)



**Volker Kadow**

Manager Business Unit Academy  
PDV-Systeme GmbH

[Volker.Kadow@pdv.de](mailto:Volker.Kadow@pdv.de)







# Mit der eHandakte unterwegs

Leichte und bedienfreundliche Tablet-PCs wie das iPad verbreiten sich rasant und sind nützliche Helfer auf Dienstreisen, in Beratungen, Plenarsitzungen oder im Gerichtssaal:

Wir haben diesen Trend erkannt und die »eHandakte« für Tablet-PCs entwickelt.

Ein guter Schritt in Richtung papierloses Büro.

- **Laden Sie Ihre Akte aus VISkompakt direkt auf den Tablet-PC.**
- **Unterwegs bearbeiten Sie Ihre Dokumente.**
- **Senden Sie Ihre annotierten Texte an Ihr Büro.**

# Buchtipp:

Für Sie gelesen – von uns empfohlen.

Lynda Gratton

**Job Future – Future Jobs**

**Wie wir von der neuen Arbeitswelt profitieren**

Übersetzt aus dem Englischen von Enrico Heinemann

Megatrends verändern die Welt: Klimawandel und Globalisierung, steigende Lebenserwartung und Verstädterung, neue Technologien und der Aufstieg Asiens. Sie verändern unsere Gesellschaft, greifen tief in unsere Berufswelt und unser Privatleben ein. Wir brauchen die besten Köpfe, um diese Megatrends für uns zu nutzen. Fortschrittliche Unternehmen haben das längst erkannt, denn sie wissen: Gute Leute können sie nur finden und halten, wenn sie die gesamte Palette der Arbeitsformen bieten – Teilzeitjobs und volle Stellen, Jobs im Büro, zu Hause oder irgendwo auf der Welt. Lynda Gratton hat für dieses Buch mit mehr als 200 Experten in Unternehmen aus aller Herren Länder zusammengearbeitet, von Nokia bis Cisco, von O2 über Henkel und American Express bis zur bekannten Non-Profit-Organisation Save the Children. Wer wissen will, wie wir morgen arbeiten werden und wo sich das heute schon zeigt, muss dieses Buch lesen.



## Über die Autorin:

Lynda Gratton ist Professorin für Management Practice an der London Business School. Von der Times wurde sie 2009 als eine von 20 Top Business Thinkers gefeiert. Sie ist Autorin mehrerer Bücher, die in 20 Sprachen übersetzt wurden, und zahlreicher Artikel, unter anderem für Financial Times, Wall Street Journal und Harvard Business Review.

Linda Gratton

Job Future – Future Jobs.

Wie wir von der neuen Arbeitswelt profitieren.

368 Seiten · ISBN-13: 978-3-446-43009-9

€ 24,90 · Erscheinungsdatum: 27. Februar 2012



## So laden Sie die PDVNews aus dem AppStore auf Ihr iPad:

- Laden Sie sich kostenlos aus dem App-Store die App „PDV Store“ herunter.
- Öffnen Sie die App.
- Bestätigen Sie das Fenster „Gastzugang“, ohne ein Passwort einzugeben.
- Öffnen Sie das Regal „PDVNews“. Sie sehen alle Ausgaben.
- Wählen Sie die gewünschte Ausgabe aus und klicken Sie auf „Laden“.
- Nach dem Ladevorgang steht Ihnen die PDVNews im Regal „Bereits heruntergeladen“ auch offline zur Verfügung.



**Viel Freude auch beim Ansehen der Videosequenzen.**

---

## ... und wie ist Ihre Meinung zu dieser Ausgabe?

Welche Beiträge haben Ihnen besonders gut gefallen? Auf welche Themen sollten wir in den kommenden Ausgaben näher eingehen? Ihre Meinung ist uns wichtig, denn wir möchten Ihnen Informationen liefern, die für Ihre Tätigkeit nützlich sind. Schreiben Sie uns, oder senden Sie eine E-Mail an: [redaktion@pdv.de](mailto:redaktion@pdv.de)

## So funktionieren die QR-Codes:

Wenn Sie zu unseren Autoren E-Mail-Kontakt aufnehmen wollen, wird Ihnen das durch die angebrachten QR-Codes an den Autorenkästchen am Ende eines jeden Beitrags erleichtert:

- Sie benötigen ein internetfähiges Handy, eine Datenflatrate und einen QR-Code-Reader. Das ist eine Software, die Sie z.B. von der Seite [Mobil.welt.de/reader](http://Mobil.welt.de/reader) herunterladen können. Es gibt auch kostenfreie Apps für iPhone und Android-Handys.
- Starten Sie den installierten Reader und fotografieren Sie den QR-Code.
- Ein Klick genügt. Und schon sehen Sie die im QR-Code hinterlegte E-Mail-Adresse automatisch auf dem Handy-Display.

### Bildnachweis

- Titelbild: [www.shutterstock.de](http://www.shutterstock.de)
- Archiv BearingPoint: S. 15 u.
- Archiv Bundesverwaltungsgericht: S. 18, 19, 22, 23 (3)
- Archiv CFEL: S. 39 u.
- Archiv dbb - beamtenbund und tarifunion: S.4 (2), 5 (2)
- Archiv Gisa GmbH: S. 35 (2)
- Archiv Fujitsu Technology Solutions GmbH: S. 36, 37
- Archiv INFORA GmbH: S. 13 u.
- Archiv ITDZ Berlin: S. 24, 25 (2), 26 u.
- Archiv KISA: S. 33 u.
- Archiv Magirus Deutschland GmbH: S. 34 (2)
- Archiv PDV-Systeme:  
S. 2, 3, 8, 12, 13 o., S. 17 (Porträt), S. 31 u., 40 u., 44
- Archiv: Sächsisches Staatsministerium  
der Justiz und für Europa: S. 6, 7
- Carl-Hanser-Verlag: S. 42
- Werner Klapper, Magdeburg: S. 20
- Antje Kubbernuß, Leipzig: S. 21 u.
- Dr. Sebastian Loth/CFEL: S. 38 (2), S. 39 o.
- Anja Schnabel ([bewahrediezeit.de](http://bewahrediezeit.de)): S. 17o.
- [www.shutterstock.de](http://www.shutterstock.de): S. 9, 10, 11 (2), 14, 28, 30, 32

### Impressum

- Herausgeber: PDV-Systeme GmbH, [www.pdv.de](http://www.pdv.de)
- Redaktionsadresse: Haarbergstraße 73, 99097 Erfurt
- Redaktion: Dr. Sabine Kadow  
(Redaktionsleiterin), Volker Kadow,  
Christoph Jänsch, Andreas Werner,  
Maik Hofmann, Christoph Ahrndt
- Layout: ART-KON-TOR  
Kommunikation GmbH
- Druck: [www.saxoprint.de](http://www.saxoprint.de), Gera
- Auflage: 2.000 Exemplare
- Erscheinungsweise: zweimal jährlich, 8. Jahrgang
- Redaktionsschluss: 22. Februar 2012

Alle Angaben vorbehaltlich technischer Änderungen. Nachdruck und Vervielfältigung – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der PDV-Systeme GmbH, Erfurt. Alle aufgeführten Warenzeichen sind eingetragen und als solche zu behandeln.

Unser Dank gilt auch den ungenannten Helfern.

# Be ahead in Solutions.



## Messen, Ausstellungen, Foren:

- **13. Kongress Neue Verwaltung**  
Leipzig..... 22. – 23.05.2012
- **7. KVI Kongress 2012**  
Wiesbaden ..... 12. – 13.06.2012
- **EDV-Gerichtstag**  
Saarbrücken ..... 12. – 14.09.2012
- **Anwenderforum der PDV-Systeme**  
Erfurt..... 26. – 27.09.2012
- **mGovernment**  
Messe München ..... 09. – 10.10.2012
- **Moderner Staat**  
Berlin..... 06. – 07.11.2012

[www.pdv.de](http://www.pdv.de)

---